

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

133 (12.6.1931)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALMittelBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getrocknete Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, der bei Nichterhaltung des Zahlungszieles, bei geschäftlicher Betreibung und bei Auslassung außer Kraft tritt. • Geschäftsstelle: Karlsruhe, Hauptstraße 28. • Verlag: H. K. Schmidt & Co. • Druck: H. K. Schmidt & Co. • Abonnement: 3 Mark pro Jahr.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wanderunterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Junges, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

50 Jahre Preis monatlich 2,50 Mark • Ober-Zustellung 2,20 Mark • Durch die Post 2,80 Mark • Einzelverkauf 10 Pfennig • Geschäftsstelle und Redaktion: Hauptstraße 11 Nr. • Postfach 2020 Karlsruhe • Geschäftsstelle und Redaktion: Hauptstraße 1, 2, Waldstraße 28 • Fernruf 2020 und 2021 • Volkstreu-Mitglieder: Durack, Hauptstraße 9, 2. Boden, Josephstraße 12; Kallert, Rosenstraße 2; Offenburger, Republikstraße 5

Nummer 133

Karlsruhe, Freitag, den 12. Juni 1931

51. Jahrgang

Volkspartei will Regierungsturz

Schacht als Finanzdiktator - Der kalte Weg zum Faschismus - Brüning lehnt ab - Was wird Hindenburg tun

WTB. Berlin, 11. Juni. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat zu einer Sitzung zusammen, an der auch Vertreter des Parteivorstandes und der preussischen Landtagsfraktion teilnahmen. Der Vorsitzende Abg. Dinselborn berichtete über die innen- und außenpolitische Lage sowie über seine Verhandlungen mit dem Reichkanzler Dr. Brüning. Nach eingehender Beratung beschloß die Fraktion mit Mehrheit, im nächsten Rat des Reichstages für die Einberufung des Reichstages einzutreten. Ueber den Verlauf der Fraktionsführung der Volkspartei melden die Blätter, daß der Reichsaußenminister Dr. Curtius der Sitzung beiwohnte. Da sich jedoch herausstellte, daß die Mehrheit der Fraktion für die Einberufung des Reichstages und damit gegen Dr. Brüning und das Gesamtkabinett stimmen würden, habe Reichsaußenminister Dr. Curtius die Sitzung verlassen.

Die schwerindustriell gerichtete Deutsche Allgemeine Zeitung berichtet über die Stellungnahme der volksparteilichen Reichstagsfraktion, daß der Abg. Dinselborn dem Reichkanzler empfohlen habe, auf Grund der jetzigen Sachlage die sofortige Gesamteinberufung des Reichskabinetts einzufordern. Er habe ihm nahegelegt, diese Entscheidung und möglichst die Entscheidung des Reichspräsidenten über die Betrauung eines neuen Kabinetts umgehend herbeizuführen, weil dann die Beschlußfassung im Reichstagen am nächsten Dienstag unter einem weitlich anderen Gesichtspunkte zu erfolgen hätte. Dazu schreibt das Blatt: Erklärt sich Dr. Brüning bereit, sein Kabinett umzubilden, so würde die Deutsche Volkspartei, so würden wahrheitsgemäß auch die Landvolk- und möglicherweise die Wirtschaftspartei gegen die Einberufung des Reichstages stimmen.

Ueber die Ziele der Deutschen Volkspartei, die sich mit diesem Schritt auf die Seite der Schwerindustrie schlagen hat - Curtius, Kahl und v. Kardorff teilen ihn allerdings nicht - teilt uns der SPD. mit:

Die Volkspartei will den Sturz der Regierung mit ihrer Forderung nach Einberufung des Reichstages durchsetzen. Nachdem Brüning am Donnerstag gegenüber dem Führer der Volkspartei, Dingeldein, in Uebereinstimmung mit dem Gesamtkabinettsplan die Umbildung der Regierung im gegenwärtigen Augenblick abgelehnt hat, hat sich die Volkspartei ganz der Schwerindustrie verkauft. Sie hofft, durch eine Einberufung des Reichstages den Rücktritt der Regierung Brüning oder ihren Sturz in offener Feldschlacht zu erreichen. Man glaubt, daß damit der Weg zur Bildung eines Direktoriums gegeben ist. Dieser Plan ist gleichbedeutend mit dem Wunsch nach Aufhebung sämtlicher Tarife und Arbeitszeitbestimmungen. An der Spitze dieses Direktoriums, das nichts anderes sein würde, als eine sozial-reaktionäre Diktatur in schärfster Form, will man einen Wirtschaftler setzen. Brüning, dem man inzwischen unter der Hand das Amt eines Außenministers in dem Direktorium angeboten hat, hat abgelehnt. Man hat ihn unter diesen Umständen wissen lassen, daß er eventuell auch der erste Direktor dieses Direktoriums, also den Reichskanzler von schwerindustriellen Schwerindustriellen Klub Reichsfinanzdirektor. Allein die Tatsache, daß sich die Volkspartei mit dieser innen- und außenpolitisch unmöglichen Persönlichkeit als Finanzdiktator - denn nichts anderes soll er sein - und eventuellen Unterhändler für das Reparationsproblem abgefunden hat, zeigt, daß diese Partei bereits völlig in der Fährte des Faschismus wandelt. Ein Anlaß mehr für die deutsche Arbeiterklasse, auf der Hut zu sein. Kein Zweifel, daß der Faschismus durch den Beschluß der Volkspartei Zugang erhalten hat.

Wird die Volkspartei ihr Ziel erreichen? Vorläufig ist selbst mit ihren Stimmen eine Mehrheit für die Einberufung des Reichstages noch nicht vorhanden. Die Entscheidung für diese Mehrheit liegt jetzt bei der Landvolkgruppe bzw. bei der Sozialdemokratie. Im Landvolk sind die Meinungen über die Zweckmäßigkeit einer Einberufung des Reichstages bisher noch geteilt. Die eine Richtung unter Führung von Gerete und Schlange-Schönungen ist gegen die Einberufung.

Nachdem sich die Volkspartei, wenn auch nur mit einer knappen Mehrheit von 2 Stimmen für die Einberufung ausgesprochen hat, wird sich aller Voraussicht nach auch das Landvolk mit einer knappen Mehrheit dafür entscheiden, so daß für den Zusammenritt des Reichstages selbst für den Fall eine Mehrheit vorhanden sein würde, daß die Reichsregierung der Sozialdemokratie hinsichtlich der Abänderung der Notverordnung genügend Konzessionen macht und sie sich deshalb nicht für den sofortigen Zusammenritt des Reichstages aussprechen würde. Falls sich das Landvolk jedoch entgegen allen Erwartungen nicht für die Einberufung aussprechen sollte, läge die Entscheidung darüber bei der SPD.

Welche Konsequenzen die Regierung zu ziehen gedenkt, hat der Reichkanzler nicht verlaublichen lassen. Wird sie zurücktreten oder gar den Reichstag auflösen? Welchen Ausgang dieser Kampf nehmen wird, ist vorläufig völlig ungewiß. Vieles hängt von dem Reichspräsidenten ab, dem der Reichkanzler heute über die innen- und außenpolitische Lage Bericht erstatten wird. Was, wenn er - nehmen wir den günstigsten Fall an - es ablehnt, eine Demission des Kabinetts anzunehmen? Im Augenblick ist lediglich zu sagen, daß die Situation bitter ernst ist und alle Eventualitäten in Rechnung gestellt werden müssen. Auch die, daß sich die Sozialdemokratie bereits in den nächsten Tagen in einen außerordentlich schweren Abwehrkampf gegen die Pläne des Faschismus und ihrer Steigbügelhalter gezwungen sehen kann.

Die Sozialdemokratie beim Kanzler

Die Forderung auf Abänderung der Notverordnung

Nach der Besprechung der Reichsminister, in der der Kanzler und der Außenminister über ihre Londoner Reise berichteten, begann gegen Donnerstag abend der Empfang der Parteiführer. Ueber den Verlauf der Besprechungen des Reichkanzlers mit den Vertretern der Sozialdemokratie, an denen auch der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald teilnahm, berichtet der sozialdemokratische Pressedienst, daß die Vertreter der Sozialdemokraten dem Reichkanzler ihre Entschiedenheit gegen die Notverordnung unterbreiteten und ihn auf die politischen Folgen aufmerksam machten. Der Reichkanzler betonte, daß die Einberufung des Reichstages mit schweren Gefahren für die Kreditgewährung verbunden sei und daß ferner im gegenwärtigen Augenblick eine weitere Verschärfung der Wirtschaftsstreife, größere Arbeitslosigkeit und Finanzschwierigkeiten eintreten würden. Ein endgültiges Ergebnis wurde nicht erzielt.

Die Besprechungen über die von den Sozialdemokraten gemachten Änderungen der Notverordnung sollen nach der Rückkehr des Reichkanzlers von Neudorf bekanntlich der Reichspräsident mit und nach einer Prüfungnahme mit dem Reichskabinettsplan fortgesetzt werden. Nach einer weiteren Mitteilung des sozialdemokratischen Pressedienstes ist die Reichsregierung zu Änderungen der Notverordnung unter der Voraussetzung bereit, daß das finanzielle Gesamtergebnis nicht beeinträchtigt werde. Die Änderungen sollen jedoch weder durch den Reichstag noch durch einen Ausschuß beschlossen, sondern auf dem Wege interner Verhandlungen vereinbart werden.

trächtigt werde. Die Änderungen sollen jedoch weder durch den Reichstag noch durch einen Ausschuß beschlossen, sondern auf dem Wege interner Verhandlungen vereinbart werden.

Wie stehts mit der Pensionskürzung?

Was hat die Reichsregierung in dieser Frage getan?

Was an der Notverordnung in den meisten Kreisen am stärksten Mißmut erregt, das ist die Tatsache, daß darin Kürzungen der hohen Pensionen nicht vorgesehen sind. Jahrelang steht die Frage der hohen Pensionen im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion und die weitesten Kreise des deutschen Volkes sind erregt und erboht darüber, daß die Frage ewig als ein „Blinder rühr mich nicht an“ angesehen wird. Die schwere Not unserer Tage in Verbindung mit der mißlichen Lage der Reichsfinanzen hätte Gelegenheit gegeben, nun endlich bei dieser Notverordnung, welche sonst vor nichts zurückbleibt, auch endlich an die Frage der hohen Pensionen heranzugehen. Dies ist jedoch nicht geschehen.

Angeblieh sollen derartige Kürzungen mit der Reichsverfassung nicht in Einklang zu bringen sein. Somit ist die Reichsregierung allerdings nicht so penibel. Die nationalsozialistische Presse, die vor einiger Zeit noch immer wieder die Frage der hohen Pensionen angeknüpft hat, ist heute sehr ruhig davon. Sie weiß nur zu genau, daß die hochgehenden Generäle und sonstigen hohen Pensionäre, die Hauptstützen dieser hohen Pensionen sind. Dies hätte allerdings kein Grund sein dürfen, daß die Reichsregierung vor Inangriffnahme dieser Frage zurücktritt.

Als Umweg ist nun die Reichsregierung, wie wir schon mitteilten, auf den Ausweg verfallen, die hohen Pensionäre durch Einschreibebriefe zu einem freiwilligen Verzicht auf einen Teil ihrer Pensionen aufzufordern. Darf man erfahren, was bei dieser Aktion bisher herausgekommen ist? Wer von den hohen Pensionären hat sich bereit erklärt, freiwillig Abzüge zu gestatten und wer nicht? Oder hat man es mit den Einschreibebriefen gar nicht so eilig gehabt wie mit der antijozialen Notverordnung?

Eine schnelle Antwort auf diese Fragen, welche das ganze deutsche Volk bewegen, wäre dringend erwünscht.

Der falsche Weg

Angerechte, unzumutbare, verbitternde Eingriffe der Notverordnung

Die ungeheure Erregung, die die neue Notverordnung bei den werktätigen Schichten hervorgerufen hat, ist nur zu berechtigt. Die Notverordnung ist ein gewöhnliches Gesetzgebungswort. Sie ist erlassen worden in einer Situation, die politisch, wirtschaftlich und finanziell schwerer ist, als je zuvor. Trotz aller bisherigen Sanierungsversuche ist unter den Wirkungen der Wirtschaftskrise in den öffentlichen Haushalten und bei der Arbeitslosenversicherung ein neuer Fehlbetrag von rund 24 Milliarden Mark entstanden. Einschneidende Maßnahmen zu seiner Dedung sind unvermeidlich. Man kann damit rechnen, daß die Schichten, die noch Arbeit und Brot haben, durchaus bereit sind, für jene mitzuführen, denen beides fehlt.

Würde die Notverordnung sich in sozialem Rahmen gehalten haben, so hätte sie zwar auch Widerstand und Murren ausgelöst. Empfindungen, die doch aber schließlich durch die Einsicht und die Erkenntnis überwunden worden wären, daß die Rettung des Ganzen allem anderen vorangeht. Was die neue Notverordnung aber unerträglich macht, das ist ihre ungeheuerliche Einseitigkeit, das ist die Empfindung, daß sie nicht nur notwendige und unvermeidliche Sanierungsmaßnahmen enthält, sondern daß sie die lang gehegte Absicht verwirklichen will, alles was dem Schutze der Lebenshaltung der unteren Volksschichten dient, abzubauen oder minderbemessen ganz erheblich einzuschränken. So enthält die Notverordnung eine Fülle von Eingriffen, die nicht gerecht sind, Eingriffe, die nicht zweckmäßig sind, ja solche Eingriffe, die überhaupt nutzlos sind, aber ungeheuer verbitternd wirken.

Ist es gerecht, daß Arbeitslose, Wohlfahrtsempfänger, Kriegsbeschädigte, Angestellte und Beamte in ihren Bezügen schwerere Kürzungen erfahren, während bei Industrie, Hausbesitz und Landwirtschaft sogar Steuerermäßigungen eintreten? Ist es gerecht, wenn die Rentener der

Arbeitslosen um 7-14 Prozent gekürzt werden, den Hausbesitzern aber eine Erhöhung ihrer Einnahmen aus der Miete zuerkannt werden? Wo bleibt z. B. beim Grundbesitz die Leistungsfähigkeit, wenn die Arbeiter schon bei 2000 M. Jahreseinkommen 20 M. Krisensteuer bezahlen müssen, ein Landwirt aber erst bei 8000 M. Entpflichtet es dem Volksempfinden, wenn 4 Millionen Arbeitslosen die Lohnsteuer-Erstattungen geraubt werden, auf die sie einen gesetzlichen Anspruch hatten, während gleichzeitig den hohen Einkommen eine Steuerermäßigung für ihre Ersparnisse gewährt wird. Ist es sozial gerecht, wenn die Unterstützung der Tabakarbeiter, die durch die Tabaksteuererhöhung arbeitslos geworden sind, aufgehoben wird, die Entschädigung an die Tabakfabrikanten aber bestehen bleibt? Alles das ist nicht gerecht, sondern im höchsten Maße ungerecht.

Aber damit nicht genug. Die Notverordnung enthält auch eine ganze Reihe von Vorschriften, die unter den heutigen Verhältnissen eine Vergeudung öffentlicher Mittel darstellen, weil sie unzumutbar sind. Das gilt vor allem von den Subventionen an die Arbeitspflicht, über die wir an anderer Stelle schreiben.

Schließlich bringt die Notverordnung noch eine ganze Reihe von Vorschriften, die überhaupt nutzlos erscheinen und weil sie im höchsten Grade unsozial sind, besonders verbitternd wirken. So wird bei der Krisenfürsorge die Ersatzpflicht eingeführt und damit die Unterstützung der Erwerbslosen in bedenklicher Weise dem Zustand der alten Armenpflege angenähert. Ferner wird der Lohnanspruch für nachgewiesene Arbeit verschärft, als ob es nur darauf ankommt, Millionen von Arbeitslosen von der Straße weg wieder in die Arbeitsstätten zu bringen.

So ungerecht, so unzumutbar, so nutzlos und deshalb verbitternd sind viele Vorschriften der Notverordnung und gerade dadurch wirken die schweren Opfer, die zur Aufrechterhaltung

der sozialen Leistungen und zur Sanierung der öffentlichen Finanzen gebracht werden müssen, so unerträglich. Auf dem Wege der jüngsten Notverordnung kann die Überwindung der Schwierigkeiten nicht gelingen. Nur Erbitterung und Widerstände können erzeugt werden. Aber auch die Regierung sollte sich klar sein darüber: Das Werk der Sanierung ist nur durchzuführen, wenn die Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, gerecht, zweckmäßig und erfolgversprechend sind. Dies ist jedoch bei der jetzigen Fassung der Notverordnung nicht der Fall.

Die Gehaltskürzung als Werk unsozialer Bürokratie

Zur Gehaltskürzungsfrage der Notverordnung erhalten wir folgende beachtenswerte Mitteilungen:

Je mehr man sich mit der Notverordnung beschäftigt, um so mehr stellt es sich heraus, daß ihr Inhalt noch unsozialer, noch massenfeindlicher und noch bestreuerlicher ist, als ohnehin auf den ersten Blick zu erkennen ist. In dem Gewand harmloser technischer Umstellungen verbergen sich grundsätzliche Verschlechterungen von weitreichender Bedeutung. Es scheint, daß ein großer Teil dieser sozialreaktionären Vorkehrungen nicht das Werk der Regierung, sondern das Werk der Bürokratie ist. Die Ministerialbürokratie hat mit beiden Händen die Gelegenheit ergriffen, um endlich ihrem gedrehten Versen Luft machen zu können und alles, was sie an reaktionären und arbeitserfeindlichen Wünschen auf Lager hatte, in die Notverordnung hineinzufüllen.

Ein Musterbeispiel dafür, mit welcher Raffinesse und Unerschlichkeit die Bürokratie bei der Ausarbeitung der Notverordnung vorgegangen ist, ist die Regelung der Gehaltskürzung. Die Regierung hatte zugezogen, daß dieses Mal die Gehaltskürzung nicht in der unsozialen Form eines gleichmäßigen prozentualen Abbaus, sondern in der Form einer sozialen Staffelung erfolgen solle. Wenn man einen Blick in die Notverordnung wirft, scheint es auch, als ob dieses Versprechen gehalten worden ist. Sieht man sich aber den Abschnitt über die Gehaltskürzung genau an, dann stellt man mit Entsetzen fest, daß der soziale Fortschritt der Staffelung zum guten Teil wieder aufgehoben wird durch zwei Maßnahmen, die die neue Gehaltskürzung viel unsozialer machen als die erste.

1. Die Beseitigung jeder Freigrenze,
2. Die Herabsetzung der Kinderzulage für das erste Kind von 20 auf 10 Mark monatlich.

Diese beiden Verschlechterungen wirken an sich schon überaus unsozial. Die niedrigsten Besoldungsgruppen bis zu 1500 Mark jährlich waren bisher von der Gehaltskürzung überhaupt ausgeschlossen. Diesmal werden auch diese Gehälter um 4 Prozent gekürzt. Die Halbierung der Kinderzulage für das erste Kind wirkt deshalb besonders unsozial, weil die Kinderzulage für alle Beamte gleich hoch ist.

Zerst wird bekannt, daß der Bürokratie diese sozialen Verschlechterungen noch nicht genügen, sondern daß man drauf und dran ist, die in der Notverordnung enthaltene Staffelung selbst zu verfälschen.

Im Reichsfinanzministerium sind Durchführungsbestimmungen zur Gehaltskürzung ausgearbeitet worden, nach denen der Staffelausschlag nicht so vorgenommen werden soll, wie man bisher angenommen hatte, sondern in einer Form, die die hohen Einkommen weitestgehend begünstigt. Nach dem Text der Notverordnung sollen die Gehälter bis zu 3000 Mark mit 4 Prozent, die zwischen 3000 und 6000 Mark mit 5 Prozent gekürzt werden, die zwischen 6000 und 12 000 Mark um 6 Prozent usw. Nach dem Entwurf der Durchführungsbestimmungen soll aber die Kürzung bei einem Einkommen von 12 000 Mark z. B. folgendermaßen vorgenommen werden: Von den ersten 3000 Mark werden 4 Prozent abgezogen, von den nächsten 3000 Mark 5 Prozent und von den letzten 6000 Mark 6 Prozent. Während nach dem Wortlaut der Notverordnung die Kürzung 720 Mark betragen sollte, wird sie auf diese Weise auf 630 Mark ermäßigt.

Wie unsozial die ganze Besoldungsführung trotz der Staffelung aussehen würde, wenn dieser Plan verwirklicht wird, zeigt folgendes Beispiel: Ein verheirateter Beamter mit zwei Kindern und 170 Mark Monatslohn erfährt einen Abzug von 16,80 Mark oder fast 10 Prozent. Bei einem verheirateten Beamten mit zwei Kindern und 240 Mark Monatslohn beträgt der Abzug 15 Mark oder 7,5 Prozent. Bei einem Einkommen von 540 Mark monatlich dagegen sinkt der Abzug auf 6 Prozent und auch bei 740 Mark tritt nur dieselbe prozentuale Kürzung ein.

Wir können uns nicht denken, daß dieser ungeheure Plan durchgeführt werden wird. Noch hat die Regierung Zeit, wenigstens in diesem Punkte der Bürokratie das Handwerk zu legen. Greift Herr Brüning hier nicht ein, so gibt er damit offen zu erkennen, daß er diese Verschlechterungen gemollt hat und der unsoziale Charakter der Besoldungsführung seinen Absichten entspricht.

Auswirkungen der Reichsfinanznot auf Württemberg

Wie der württembergische Finanzminister im Finanzausschuß des württembergischen Landtags mitteilte, wird sich infolge des Rückgangs der Einnahmen bei den Reichsteuern der Anteil Württembergs daran vermindern bei der

Einkommensteuer um . . .	7 500 000 M.
Körperschaftsteuer um . . .	700 000 "
Grundwerbsteuer um . . .	500 000 "
Kraftfahrzeugsteuer um . . .	100 000 "
Mineralwassersteuer um . . .	200 000 "
Biersteuerüberweisung um . . .	200 000 "

Dazu kommt noch ein Rückgang des Holzverkaufs bei den Staatsforsten von 3 500 000 M. Mitbin ist ein Gesamtabmangel von je 13,5 Millionen Mark gegenüber den Haushaltsplänen von 1931 und 1932 in Aussicht zu nehmen.

Auf Grund der Mitteilungen, die die Reichsregierung den Länderregierungen über den Inhalt der geplanten Notverordnung gemacht hat, beantragte nun die württembergische Regierung beim Landtag in den Haushaltsplänen als neue Einnahmen einzustellen:

1. Eine weitere Kürzung der Bezüge der Beamten und Angestellten usw. sowie der Zuschüsse für die Dienst- und Verordnungsbesitze der Gelehrten für 1931 um 5 250 000 M., für 1932 um 7 000 000 M.
2. Weiter durchzuführende Einparungen an den persönlichen, sachlichen und vermögenden Ausgaben für 1931 um 8 254 100 M., für 1932 um 6 504 100 M.

Bei den in Ziffer 1 vorgesehene Gehaltskürzungen soll nach den von der Reichsregierung aufgestellten Grundrissen (Staffelung nach der Einkommenshöhe usw.) verfahren werden.

Coolidge gegen Reparationsherabsetzung

New York, 11. Juni. Der frühere Präsident Coolidge erklärt im New York Herald, er beziehe nicht, wie man die amerikanische Nation gerade in dem Augenblick auffordern könne, auf die ihr zu stehenden Zahlungen zu verzichten, wo es sich so deutlich zeige, daß eine Wabstetigung bei den anderen Nationen nur durch Herabsetzung der Rückzahlungen herbeigeführt werden könne.

Bankrott in Chicago

Chicago, 11. Juni. Eine der bedeutendsten Banken im Nordwesten hat am Mittwoch morgen infolge großer Rückläufe im Verlauf der letzten Zeit ihre Kassen geschlossen. Dies ist innerhalb eines Monats die 22. Bank, welche ihre Kassen schließt.

Italiens Taktik zur Reparationslösung

Moralische Einwirkung auf Amerika versucht

Die italienische Regierung beschäftigt, wie der Korrespondent des Soz. Pressendienstes erzählt, auf den Überbruch aus den deutschen Reparationszahlungen zu verzichten, wenn alle anderen europäischen Gläubiger das Gleiche tun. Gemeint ist vor allem Frankreich.

Man erwartet in Rom von der ev. Annahme eines solchen Vorschlags weniger große praktische Wirkungen für die Lösung der Reparationsfrage als vielmehr eine moralische Einwirkung auf Amerika. Wenn Amerika sehen würde, so argumentiert man hier, daß es den europäischen Staaten mit einem Opfer ernst sei und daß sie auf Summen verzichten, die bisher nur dem Ausbau ihrer Rüstungen gedient haben, dann würde Amerika mit Rücksicht auf das Gelingen der Abriistungskonferenz vielleicht eher zur Streichung von Schulden oder zu einem beträchtlichen Schuldennachlaß bereit sein.

Über Italien ist, wohlgerneht, nur dann zu einem Bericht auf den genannten Überbruch bereit, wenn alle Frankreich voran, sich ebenfalls dazu bereit erklären. Darin liegt die Schwierigkeit des zunächst rein taktisch zu nehmenden Manövers.

Vertagtes Frauenstimmrecht

Paris, 11. Juni. Gegen Schluß der heutigen Kammer Sitzung verfuhrte der Abg. Louis Marin eine sofortige Diskussion seines vor kurzem eingebrachten Gesetzentwurfes über Einführung des Wahlrechts für Frauen. Die Kammer lehnte diese Diskussion mit 320 gegen 208 Stimmen ab. Damit ist diese Frage wiederum vertagt.

Briand und die Entwaffnung

Journal Official, das amtliche Mitteilungsorgan des Völkerbundsekretariats, veröffentlicht in seiner Mai-Nummer einen Brief, den der französische Außenminister Briand in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Vorkonferenz am 16. März 1931 im Namen der belgischen, englischen, französischen, italienischen und japanischen Regierung an das Generalsekretariat gerichtet hat und der auf Fragen, die mit der Entwaffnung Deutschlands auf Grund des Versailler Vertrags zusammenhängen, Bezug nimmt.

Briand betont in seiner Note an die Vorkonferenz, daß Deutschland seinen bei der Aufhebung der Militärkontrolle besonders übernehmenden Verpflichtungen nicht in bedrohlichem Maße nachkommen sei. Erwa daraus sich ergebende Schlüsse müßten dem Völkerbundrat überlassen bleiben.

Dieser Note sind vier Anhänge beigegeben, in denen einzelne Bestände Deutschlands behauptet werden: 1. in der Truppenausbildung und Rekrutierung der Reichswehr; 2. in den militärischen Einrichtungen der Reichswehr; 3. in der Organisation und Ausbildung der Polizei; 4. in der Zulassung der Wehrverbände.

Die Note Briands hat vorerst nur informativen Charakter, und kann zum Gegenstand von Verhandlungen vor dem Völkerbundrat gemacht werden, wenn eines der Ratsmitglieder die Angelegenheit aufgreifen sollte.

Gen. Berlin, 11. Juni. Dem Bericht der Vorkonferenz, der heute in Genf veröffentlicht worden ist, kommt nach Auffassung Berliner ausländischer Stellen keine praktische Bedeutung zu.

Koheitsakt von Hitlerrowdys

Ueberfall aus Kaufkuff

München, 11. Juni. (Eig. Draht.) Das Münchener Strafgericht verurteilte fünf Hitlerburischen wegen schwerer Körperverletzung zu Gefängnisstrafen von drei Wochen bis zu 16 Monaten. Während der Verhandlung wurden ihnen wegen der besonderen Art des Koheitsdeliktes verweigert. Ebenso wurde die beantragte Bewährungsstrafe abgelehnt. Der Staatsanwalt hatte geringere Strafen beantragt.

In der Nacht vom 1. März überfiel eine Gruppe von 8 Hitlerrowdys, die einem Spielmannszug angehörten und aus einer Weinfeste kamen, auf der Straße eine Gesellschaft von Männern und Frauen, weil sich einer von ihnen durch einen Zufall gehandelt habe. Der 18 Jahre alte Nationalsozialist Eichner, der das Signal zum Ueberfalle gegeben hatte, schlug sofort wie ein Besessener mit dem Messer um sich und verletzte dabei auch einen seiner Parteifreunde. Dann ging er von hinten auf den in Verteidigungsstellung befindlichen Maschinenführer Engl los und rannte ihm das Messer in den Rücken. Engl wurde lebensgefährlich an der Lunge verletzt. Erst nach Monaten wurde er wieder hergestellt. Als er zusammengebrochen war, traten die Hitlerburden auf dem schwer Verletzten herum und brachten ihm noch laufende Kommanden bei. Auch der Vater des Majors, der seinen Sohn aufheben wollte, wurde mißhandelt.

Im Verlauf der Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, daß es sich nicht um eine politische Krawalle gehandelt habe, da die Ueberfallenen keiner politischen Partei angehört und Ueberhaupt nicht wußten, daß sie es mit Katenkreuzern zu tun hatten. Das Motiv der Hitlerrowdys wurde vom Gerichtsoffizierenden als reine Kaufkuff gebrandmarkt.

Vorübergehende Festnahme Thälmanns

Gen. Berlin, 11. Juni. Die Bestandsaufnahme gegen die Notverordnung, die heute von der KPD nach dem Sperrpaß einbezogen worden ist, begann erst nach 8.30 Uhr abends. Von den rund 12 000 Besuchern wurden zahlreiche Personen nach Waffen durchsucht, jedoch wurde nur ein Mann festgenommen, der eine Pistole mit 25 Schuß bei sich führte. Als man Thälmann, der mit Mühseligkeit, Kung und dem Landvolkführer v. Salomon auf der Rednertribüne stand, nach Waffen durchsuchen wollte, weigerte er sich, eine Leibesvisitation an sich vornehmen zu lassen. Er wurde daraufhin durch einen Polizeioffizier dem zuständigen Polizeirevier zugeführt und nach erfolgloser Visitation wieder entlassen.

Nach Schluß der kommunistischen Kundgebung kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die Polizei mußte schließlich zum Gummiknüppel und späterhin, als die Menge eine drohende Haltung einnahm und zahlreiche Beamte umzingelte und tätlich angriff, von der Schußwaffe Gebrauch machen. Da es sich jedoch nur um Scherzschüsse handelte, wurde niemand verletzt. 21 Demonstranten wurden festgenommen.

Neue Ausschreitungen in Kassel

Kassel, 11. Juni. In der Altstadt, insbesondere am Markt- und Marktplatz, ist es gestern abend wiederum zu großen Ansammlungen gekommen.

Zusammenstöße in Hamburg

Hamburg, 12. Juni. Im Anschluß an eine kommunistische Versammlung gegen die Notverordnung, die von etwa 8000 bis 10 000 Personen besucht war, kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu Zusammenstößen mit der Polizei.

Vormühen im preussischen Landtag

Berlin, 11. Juni. Bei der Beratung des kommunistischen Wähltrauensantrages kam es im preussischen Landtag heute zu Vorkommnissen der Kommunisten.

Freistaat Baden

Erweiterung der badischen Koalition?

Von informierter Seite erhalten wir folgende beachtliche Mitteilungen:

Schon lange geht in Baden das Bestreben dahin, die bestehende Koalition zu erweitern, womöglich auf der Basis der großen Koalition. Wiederholt ist von den verschiedensten Parteien diese Auffassung in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht und bedauert worden, daß im Jahre 1929 der Versuch nicht zu einem positiven Ergebnis geführt hat. In der letzten Zeit hat sich die Auffassung verdichtet, daß ein erneuter Versuch durchaus angebracht wäre. Es ist infolgedessen zu Verhandlungen gekommen, jedoch liegt eine abschließende Stellungnahme noch von keiner der in Frage kommenden Parteien vor.

In diesem Zusammenhang laufen Gerüchte, die mit einer Bezeugung des Finanzministeriums durch den Deutschholsteiner Dr. Mattes und einen Uebertritt des bisherigen Finanzministers Dr. Schmitt in das Justizministerium wissen wollen.

Der angebliche Rücktritt Honolds

Zu den Pressemitteilungen über einen angeblichen Rücktritt des badischen Gesandten Honold in Berlin wird amtlich folgendes erklärt: Ein Abschiedsbesuch des Gesandten oder ein Antrag auf Entlassung aus dem Staatsdienst ist beim Staatsministerium nicht eingereicht worden. Differenzen zwischen dem Staatsministerium und dem Gesandten Honold bestehen nicht, ebenso ist auch von einem Gegensatz zwischen dem „Außenminister“ Honold und den Beamten des Staatsministeriums nicht bekannt.

Der Mannheimer Kommunisten-Krawall

Ueber die Ausschreitungen der Kommunisten in Mannheim meldet der Mannheimer Polizeibericht folgendes:

„Im Anschluß an zwei Erwerbslosenversammlungen, die gestern nachmittag im Alten Rathaus und in der Wirtschaft „Zum Lurhof“, in F 4, 12, stattfanden, kam es in den gestrigen Abendstunden in den Straßen F-G, G-H, H-J, sowie in der Redarstadt wiederholt zu Ansammlungen, die von der Polizei zerstreut wurden. Hierbei wurden von den Demonstranten in der Innenstadt sowie in der Redarstadt eine große Anzahl von Straßenlaternen durch Steinwürfe zertrümmert, so daß die genannten Viertel zum größten Teil im Dunkel lagen. Auch ein Feuermedientransparent, sowie mehrere Transparente an Privatbüchern wurden zertrümmert. Gegen 9.30 Uhr abends und 1 Uhr früh wurde an der Kreuzung H 2 und J 3, das Straßensplaster aufgerissen und die Straßen durch Mülltonnen verstopft. In gleicher Weise wurde an der Kreuzung Mittel- und Bürgermeister-Buchs-Straße von den Demonstranten das Straßensplaster aufgerissen. An der Kreuzung H 4 und J 5 wurde die Straße durch einen mit Erde und Steinen beladenen Wagen gesperrt. An der Kreuzung E 5

und G 6 und G 6 und H 5 wurde je ein von Besuchern des Aulofbeckers aufgestellter Personentransportwagen als Hindernis umgefahren. In den dunklen Straßen der Redarstadt wurden die Polizeibeamten aus den Häusern mit Pfeifertönen beworfen, worauf die Polizei einige Schüsse abgab. Ebenso wurde in der Straße H-J aus der Menge gegen die einschreitenden Polizeibeamten mit Steinen und Flaschen geworfen. Mehrere Personen wurden festgenommen. Die Hindernisse wurden beseitigt. Gegen 2 Uhr früh war die Ruhe wieder hergestellt.

Es handelt sich bei den Vorgängen um eine planmäßige kommunistische Unternehmung. Dies ergibt sich aus dem Beginn der Versammlung im Alten Rathaus, aus dem man, obwohl der Saal nicht voll besetzt war, wegen angeblicher Ueberfüllung nach dem Lurhof zog. Es wurden Trupps zu Fuß und mit Fahrrädern beobachtet, die die Hindernisse in der Straße aufrichteten.

Die Polizei wird ohne Rücksicht, ob es sich um Teilnehmer oder Neugierigen handelt, mit größter Energie vorgehen, und es werden die Neugierigen, die die Arbeit der Demonstranten beeinträchtigen und die Aufgabe der Polizei erschweren, nachdrücklich abgemahnt.

Das Kirchengewicht über Eckert

Von den Kirchengewichten Sozialisten wird uns geschrieben: Wie schon gestern bekannt gegeben wurde, tagt heute und morgen das kirchliche Dienstgericht, um über den Fall Eckert zu entscheiden. Da die Verhandlung nicht öffentlich ist, sind auch keine Pressevertreter zugelassen. Das Richterkollegium setzt sich aus folgenden Personen zusammen:

1. Oberbürgermeister Dr. Finter, Karlsruhe, Vorsitzender.
2. Oberstaatsanwalt Dr. Haas, Heidelberg.
3. Oberstaatsanwalt Feyer, Freiburg.
4. Richter Dr. Kühlein, Karlsruhe.
5. Oberstaatsanwalt Dr. Dür, Karlsruhe.
6. Kirchengewicht Prof. Dr. Dr. Frommel, Heidelberg.
7. Barrer Barner, Lörach.
8. Barrer Seufert, Karlsruhe.
9. Barrer Löw, Karlsruhe.

Verteidigt wird Gen. Eckert durch Rechtsanwalt Dr. Dieck und Jugendpfarrer Kappes. Man kann den Richtern nur wünschen, daß sie das wahre Interesse der Kirche erkennen und nicht mit Eckert zugleich die Masse des klugenbewußten Proletariats aus der Kirche hinausstoßen.

Vor dem Mannheimer Schnellrichter hatten sich sechs Kommunisten und Anhänger der KPD, zu veranlassen, die bei der Demonstration am Vorabend verhaftet worden waren. Ein Bericht über aus Submissiven erhielt 3 Monate Gefängnis, weil er mitverantwortlich gemacht wurde, daß die Demonstration nicht mehr rechtzeitig abgejagt wurde. Die übrigen wurden wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Beleidigung unter Verbot abgeurteilt. Die Notverordnung zu Gefängnisstrafen von 15 Tagen bis zu 3 Monaten verurteilt.

Von Suenberg zu Siller. Der bisherige Geschäftsführer und Schriftleiter der Oberbadischen Zeitung in Tengen, Dr. W. Reitermann (früher an der deutschnationalen Badischen Zeitung in Karlsruhe), die bekanntlich ihr Ergehen einstellt hat, tritt am 1. Juli in die Redaktion der nationalsozialistischen Zeitung „Hakenkreuzbanner“ in Mannheim ein. Dr. Rattermann gehörte bisher der deutschnationalen Volkspartei an; er folgte dem Zug seiner Parteifreunde zu den stärkeren Parteien.

Ministerialrat Dr. Jung vom Ministerium des Innern wurde zum Präsidenten der Bad. Gebäudewerkschutzanstalt ernannt.

Phantastereien statt Arbeitsbeschaffungsprogramm

Subventionen in den Rachen der Großindustrie?

Unser wirtschaftspolitischer O-Spezialmitarbeiter schreibt uns im Anschluß an die Notverordnung:

Der Zustand unserer Arbeitsmärkte und die Tatsache, daß in Deutschland seit Jahren Millionen ohne Arbeit sind, hätten es der Reichsregierung zur unbedingten Pflicht machen müssen, in der Notverordnung den Begriff der Not auch nach der Richtung der Wiedereinreihung der Arbeitslosenarmee in den Produktionsprozeß auszuweiten. Die Notverordnung enthält in gewissem Sinne ein Arbeitsbeschaffungsprogramm. Leider darf man sich von diesem Programm nicht allzuviel versprechen. Herausgenommen ist dabei aber der famose „Arbeitsdienst“.

Als einziger Greifbares des Brüning'schen Arbeitsbeschaffungsprogramms bleiben die zufälligen Bestellungen der Reichsbahn für Gleiserweiterungen und Gleisumbau im Gesamtbetrag von 200 Millionen Mark. Angeblich will man mit diesem Programm 120 000 Mann für ein halbes Jahr beschäftigen. Andererseits geschieht zur Behebung des Baumarcktes, der infolge der rückwärtsigen Kürzung der Hausinspektoren schwer daneberliegt, garnichts. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres sollen Reichsgarantien für zweijährige Hypotheken, deren Beschaffung ohne öffentliche Garantie so gut wie unmöglich ist, fester gewährt werden. Warum aber erst in der zweiten Hälfte des Jahres und nicht früher oder gleich, ist nicht gut einzusehen. Auch für die dringende Frage der Verbilligung von Kleinwohnungen, deren Bau angesichts der gedrückten Einkommensverhältnisse der Wohnungsuchenden erst bei Lösung des Mietensproblems sozial und wirtschaftlich sinnvoll wird, werden keine Maßnahmen getroffen. Allerdings sieht die Notverordnung eine gewisse Kezzer vor. Aus den Erträgen der Krisensteuer soll nämlich ein Drittel zur Arbeitsbeschaffung verwendet werden. Von vornherein gehen, wie bereits erwähnt, von diesem Drittel 140 Millionen Mark für die Reichsbahnaufträge ab. Ueber den Rest sind noch keine Beschlüsse gefaßt worden. Zu befürchten ist aber, daß dieser Rest, gerade die 140 Millionen Mark, in den Subventionsfonds fließt.

Wirtschaftlich und sozial äußerst bedenklich ist der in der Notverordnung aufgesetzene „Freiwillige Arbeitsdienst“. Der Text darüber ist ziemlich undeutlich gehalten. Man darf aber annehmen, daß das Reich den Vereinigungen, die derartige Arbeitskolonnen organisieren und Arbeiten durchführen, erhebliche Mittel und Garantien geben will. In der Notverordnung ist eine Ermächtigung enthalten, nach der das Reich Garantien im Umfang von 300 Millionen Mark für produktive Arbeiten geben kann. Ferner wird das Reich ermächtigt, Schulbuchforderungen für die Finanzierung dieser Arbeiten auszusstellen. Man muß nun bezweifeln, ob derartige Vereinigungen — in Frage kommen landwirtschaftliche Meliorationsgenossenschaften, Viehgenossenschaften und Siedlungsverbände, aber möglicherweise auch rechtsstehende Wehrverbände — solche Arbeiten unter hinreichender Würdigung der Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit ausüben und auch durchführen können. Schon jetzt lauch darüber phantastische Projekte auf. Wir befürchten, daß die Phantastereien mit der freiwilligen Arbeitsdienstleistung mit einer großen finanziellen Pflaue endet, für die das Reich, d. h. die Allgemeinheit dann gerade zu stehen hat. Dabei bedeutet dieser Arbeitsdienst schlimmste soziale Entrechtung, Ausbeutung, Lohnbrüdererei usw. Daß die „Freiwilligen“ einem politischen Zwang unterworfen werden, darüber muß man sich klar sein. Deshalb ist es uns unangenehm, wie sich der Präsident der Reichsanstalt von diesem freiwilligen Arbeitsdienst für die Zukunft viel versprechen kann.

Schon allein dieser Ueberblick zeigt, daß die Notverordnung und das Regierungsprogramm nur wenig wirksame Maßnahmen für die Arbeitsbeschaffung enthalten. Dagegen wimmelt es von wirtschaftlichem Unsinn und sozial verletzten Vorzügen. Die Arbeitslosen, die nun seit Jahren auf Arbeit warten, sind enttäuscht. Durch das, was die Notverordnung bringt, werden sie kaum Arbeit finden.

Es war vorauszuhaben, daß die Bestimmungen der Notverordnungen über die Verwendung von Erträgen aus der Krisensteuer zur Arbeitsbeschaffung die Industrie geradezu provozieren müßte, die Reichsregierung mit Subventionsaufträgen zu bombardieren. Seit Tagen geben Gerüchte um, nach denen in gewissen Kreisen geradezu phantastische Projekte erörtert werden, in denen nur so mit den Milliarden herumgeworfen wird. Inzwischen scheinen die ersten Subventionsgesuche bei der Regierung angelangt zu sein. Unter diesen Gesuchen soll sich auch ein Gesuch der Firma Borjig-Berlin befinden, um die es seit langem nicht gut steht.

Der in aller Welt bekannte Borjigkonzern leidet unter der Umstellung von der Rüstungsindustrie auf die Friedensarbeit. Das Rüstungsgeschäft hatte dem Unternehmen vor dem Kriege und während des Krieges einen starken Rückhalt gegeben. Jetzt fehlen diese Lieferungen. Dazu kommt die Krise in der Lokomotivindustrie. Sie führte zu einer Zusammenlegung der Borjig-Lokomotivbetriebe mit den Betrieben der WAG. Seitdem scheint schlecht sich die Lage bei Borjig weiter verschlechtert zu haben, worauf besonders zahlreiche Entlassungen von Arbeitern, Angestellten und Beamten schließen lassen. Wie es heißt, begründet die Firma Borjig ihr Subventionsgesuch mit nationalpolitischen Gründen.

Eigentümlich berührt, daß die Firma Borjig ihr Subventionsgesuch an das Reichswirtschaftsministerium gerichtet hat. Dieses hat sich bis jetzt über die Angelegenheit Borjig ausgeglichen. Die Tatsache des Subventionsgesuchs ist uns aber von der Firma Borjig ausdrücklich bestätigt worden.

Der Kampf der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften gilt nicht nur den sozialen Härten und Ungerechtigkeiten der Notverordnung; ebenso wichtig ist, der Regierung klar zu machen, daß im Rahmen des Möglichen alle zweckmäßigen und wirklich wirksamen Wege für Arbeitsbeschaffung beschritten werden und nicht Staatsgelder in den Rachen der Schwerindustrie geworfen werden.

Der neue Präsident des französischen Senates
Paris, 11. Juni. Zum Senatspräsidenten wurde in der Sitzung des Senats Lebrun mit 147 gegen 139 Stimmen, die auf den Senator Neamenes entfielen, gewählt. Senator Lebrun ist der intime Freund Poincarés.

Einigung zwischen dem Vatikan und dem Faschismus?
Rom, 11. Juni. Wie man von zuverlässiger Seite erfährt, haben die seit einiger Zeit geführten Verhandlungen zwischen dem Vatikan und der faschistischen Regierung seither zu einer Einigung geführt. Auf wie lange?

Aus aller Welt

Flughafen niedergebrannt

Malta, 11. Juni. Der hiesige Flughafen, der größte Schwebens, wurde heute von einem Großfeuer heimgesucht, das den ganzen mittleren Teil der größten Flughalle, ein dreimotoriges Unterflurzeug und andere Gegenstände vernichtete.

Zugzusammenstoß

Auf der Altonaer-Kalkenbacher Eisenbahn erfolgte nachmittags um 3.10 Uhr zwischen Lannend und Disburg ein Zusammenstoß eines Triebwagens mit einem Güterzug, wobei 16 Bahnräte des Triebwagens verletzt wurden. Beide Zugführer erlitten ebenfalls Verletzungen. Nach Angabe der herbeigerufenen Ärzte besteht bei keinem der Verletzten Lebensgefahr.

Aufgeklärter Raubüberfall

Berlin, 11. Juni. Der Ueberfall, bei dem am vergangenen Donnerstag der Rektor Trintaus niedergeschlagen und um 3000 M. beraubt wurde, ist aufgeklärt worden. Die drei an der Tat Beteiligten konnten verhaftet werden. Die Kriminalpolizei forschte noch nach dem Verbleib des gestohlenen Geldes.

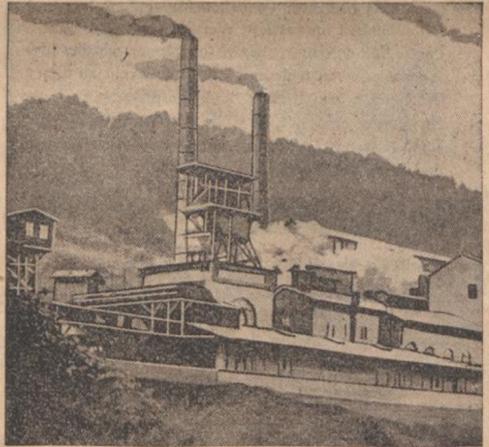
Keine Rettung für die im englischen U-Boot eingeschlossene Besatzung

Weihaiwei, 11. Juni. Ueber die in einem gesunkenen englischen Unterseeboot eingeschlossene Besatzung wird berichtet, daß kaum noch Hoffnung vorhanden sei, sie lebend bergen zu können. Seit längerer Zeit erhalten die Taucher auf ihre Klopfzeichen keine Antwort mehr.

Weihaiwei, 11. Juni. Es steht jetzt fest, daß die in dem gesunkenen Unterseeboot „Poleton“ eingeschlossenen 18 Personen nicht mehr am Leben sind.

Schlachtfeld Neurode

Wieder wehen in Neurode die Fahnen auf Salbmast. Elf Monate nach jener unglücklichen Katastrophe im Kurt-Schacht der Wenselsgrube, bei der 150 Bergleute im Kampf mit den Elementen ihr Leben verloren, auf dem benachbarten Max-Schacht der Grube Ruben ein neues Unglück, das sieben Kumpels das Leben kostete. Die Ursache des schweren Unglücks ist ein sehr erheblicher Kohlenäureausbruch. Die Kohlenäure drang, Kohlenstaub vor sich her treibend, in den Stollen ein und überlagerte eine sogenannte Revisionskolonne. Den sieben Spitzenleuten dieser Kolonne gelang es nicht zu entkommen, sie starben einen entsetzlichen Erstickenstod. Fünf andere konnten noch lebend abgerufen werden, da die Rettungsleute mit heroischer Tapferkeit die Kameraden aus der Hölle der Erde herausholten. Die Verletzten, die im Knappschafstaarrett liegen, befinden sich außer Lebensgefahr. Fast sämtliche Geldbeutel waren Familienväter. Eines der Opfer, der Hilfsleiter Proffert, wurde einige Stunden vor der Entbindung seiner Frau vom Tode ereilt. Am Unglücksschicht sammelten sich zahlreiche Angehörige und Kameraden der Bergarbeiter. Da man zuerst befürchtete, daß noch mehr Tote zu beklagen seien, war die Erregung groß. Erst in tiefer Nacht konnte festgestellt werden, daß die übrige Besatzung abgerufen und der Schacht geräumt war. Die an Blut und Tränen so reiche Geschichte des Bergbaus ist um eine neue erschütternde Tragödie vermehrt worden.



Die Rubenarube im Neuroder Bergbauerevier, auf der durch einen Kohlenäureausbruch wiederum sieben Bergleute getötet wurden.

246 547 Genossenschaften in der Welt

Nach einer Aufstellung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf bestehen in der ganzen Welt (Rußland ausgenommen) 246 547 Genossenschaften, die insgesamt 39 584 691 Mitglieder zählen. An der Spitze stehen die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Ihre Zahl beträgt 161 000. Dann folgen die Konsumgenossenschaften mit 18 163, bezüglich der Mitgliederzahl stehen die Konsumgenossenschaften mit rund 16 Millionen Mitgliedern an erster Stelle.

50 süß- und weißdeutsche Siedlungsörter im Osten

Die Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation veröffentlichte die Ergebnisse einer Erhebung über den Verlauf der Umsiedlung seit ihrem Beginn im Jahre 1927. Demnach hat die West-Ost-Umsiedlung die Umsiedlung süß- und weißdeutscher Bauern im östlichen Siedlungsgebiet erhebliche Fortschritte gemacht. Im Jahre 1927 haben sich 153, 1928: 263, 1929: 355, 1930: 552 Familien im Osten angesiedelt. Insgesamt sind also in den letzten Jahren 1623 Bauernfamilien aus dem Süden und Westen des Reiches nach dem Osten übergesiedelt, was ungefähr einer Zahl von 6000 bis 6000 Personen oder 50 Siedlungsstätten entspricht. Im letzten Jahre bestanden die aus West- und Süddeutschland kommenden Siedler bereits beinahe ein Viertel aller bäuerlichen Siedlerstellen. Die vier süddeutschen Länder stellten insgesamt 194 Siedler. Durch die Tätigkeit der Siedlerberatungsstellen (für Württemberg, Baden und Hohenzollern) ist es die Siedlerberatungsstelle in Stuttgart, Ludwigsstraße 95) sind seit letzten Herbst die Umsiedlungsarbeiten für dieses Jahr abgeschlossen und vorbereitet worden. Die Führungen und Besichtigungsreisen nach dem Osten sind in vollem Gange. Es steht zu erwarten, daß bei ausreichenden und rasenden Siedlungsmöglichkeiten die Umsiedlung auch in diesem Jahr qualitativ und quantitativ weitere erhebliche Fortschritte macht.

Heuschreckenplage in Italien

Aus Neapel wird gemeldet, daß riesige Heuschreckenschwärme die Gegend von Villa Literno überfallen haben und die Acker verunflüen. Man hat bereits in die gefährdeten Teile Militär zur Bekämpfung der Plage abkommandiert.

Der arme Großherzog

Der ehemalige Herzog von Braunschweig weigert sich, den auf ihn entfallenden Zuschuß zum Landesmuseum und zur Landesbibliothek in Wolfenbüttel von 70 000 M. jährlich zu zahlen. Er begründet die Weigerung mit seiner finanziellen Notlage. Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion hat deshalb an den Kulturbildungsminister Dr. Franzen die Anfrage gerichtet, was er zu tun gedenke, um die Schließung der beiden wichtigen Kulturinstitute des Landes Braunschweig zu verhindern. Gleichzeitig fragte die sozialdemokratische Fraktion, ob der Staat beabsichtige, den ehemaligen Herzog von Braunschweig zur Erfüllung seiner Pflichten anzuhalten. Der Herzog, der zu den reichsten Personen Deutschlands gehört, kann die 70 000 M. Verwaltungskostenzuschuß zweifellos mühelos aufbringen, zumal er erst 1925 vom Lande Braunschweig 53 000 Morgen Land mit 3 Schlössern und 4 Domänen als Abfindung erhalten hat. Die Weigerung des Herzogs erfolgt wahrscheinlich nur in der Absicht, vom Landtag die Zustimmung zu dem Verkauf des berühmten Bildes von Vermeer „Das Mädchen mit dem Weinglas“ zu erzwingen.

Frankenwaldausstellung als Zeichen der Not

Eine Frankenwaldausstellung wird am 13. Juni in Berlin eröffnet. Für Zweck ist die Defensivität auf das fürstliche Gebiet der Bevölkerung des Frankenwaldes aufmerksam zu machen. Auch der Frankenwald gehört zu den deutschen Elendsgebieten. Die Ausstellung ist ein letzter verzweifelter Versuch, für die Bevölkerung Hilfe zu schaffen.

Französische Seetransportgesellschaft in Schwierigkeiten

Die Finanzkommission der französischen Kammer hat sich in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Laval, des Finanz- und Budgetministers und des Ministers für die Sanierung der Kompanie Transatlantique. Wie der Matin mitteilt, leitete der Ministerpräsident in einem langen Vortrag die finanziellen Schwierigkeiten der Gesellschaft auseinander, die durch die allgemeine Krise im Fracht- und Passagierverkehr entstanden ist und die Gesellschaft nötigte, etwa 30 Fracht- und Personendampfer aus dem Verkehr zu ziehen. Die Schwierigkeiten seien noch erhöht worden durch den in Ausführung begriffenen Bau eines Luxusdampfers, der 600 Millionen Franken kostet und es der Gesellschaft ermöglichen soll, mit ausländischen Schiffen (gemeint ist vor allem der Norddeutsche Lloyd) konkurrieren zu können. Nachdem verschiedene Kommissionsmitglieder die Ausführungen Lavals kritisiert bzw. unterstützt hatten, kündigte der Ministerpräsident an, daß die Regierung einen Gesetzentwurf über die Sanierung der Gesellschaft einbringen werde, dessen dringende Beratung sie verlangen werde. Nach dem Matin sind in dem Gesetzentwurf eine Erhöhung der Subventionen für die Postbeförderung, ein Moratorium für die Rückzahlung der dem Staat geschuldeten Summe und ein Zuschuß in Höhe von Vierteljahressubventionen enthalten. Als Gegenleistung soll sich die Gesellschaft verpflichten, ihre Betriebe zu reorganisieren und zu verbilligen.

Die Arbeitszeit im Kohlenbergbau

Auseinandersetzungen auf der Internationalen Arbeitskonferenz

In der Kohlenkommission der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf wurden die Beratungen über die internationale Regelung der Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau wieder aufgenommen. Der Verhandlung lag der Antrag der Regierungsgruppe vor, er sieht für den Braunkohlenbergbau eine Ueberarbeitszeit bis zu einem Höchstmaß von 150 Stunden, für den Braunkohlenbergbau bis zu einem höchstzulässigen Satz von 200 Stunden im Jahre vor.

Die deutschen Regierungsvertreter haben in der Regierungsbeschrift gegen diese Ueberstundenbilligung einen zähen Kampf geführt. Der Kohlenkonventionsentwurf setzt die Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau auf 7 1/2 Stunden fest. Der Entwurf war für die deutsche Regierung unannehmbar. Die Arbeitnehmergruppen stellten sich von Anfang an auf den Standpunkt, daß die Vorschläge des Internationalen Arbeitsamtes viel zu weit gingen. Dieser Gegenstand war Gegenstand tagelanger Sonderberatungen.

Das Ergebnis liegt nunmehr in Gestalt einer Vermittlungslösung vor, die materiell den alten Forderungen Rechnung trägt und der Arbeitnehmergruppe die Möglichkeit gibt, sich mit der vorschlagene Regelung einverstanden zu erklären.

Einigung über die Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau

Nach schweren Verhandlungen, in deren Verlauf das Zustandekommen einer internationalen Konvention über die Arbeitszeit in den Kohlenberaubereien mehrfach in Frage gestellt war, ist in der Kohlenkommission der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf eine Einigung bezüglich der Braunkohlenbergwerke erzielt worden. Angesichts des Widerstandes der Arbeitergruppen gegenüber den deutschen Ueberstundenforderungen hatte die deutsche Regierungsdelegation heute nachmittags einen neuen Antrag eingebracht, der materiell die von der deutschen Regierung gestellten Forderungen der Zahl nach aufrecht erhält, in der Verteilung der Ueberstunden auf solche, die ohne weiteres, und solche, die nur auf dem Wege tariflicher Vereinbarung zulässig sind, aber den Forderungen der Arbeitergruppe entgegenkommt.

Polnische Protestnote wegen der Stahlhelmkumgebung

Genf, 11. Juni. Die polnische Regierung hat, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, gestern eine Note überreicht, in der wegen der Stahlhelmkumgebung in Breslau Protest erhoben wird.

Reichswehr und ausländische Kraftwagen

Das „Deeresverordnungsblatt“ bringt eine Verordnung des Reichswehrministers, in der die Verwendung ausländischer Kraftwagen im Dienste verboten wird.

Das Urteil gegen Selbe und Dürstberg

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte wegen gemeinschaftlichen Betrugs gegen 8 5 Ziffer I des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 25. März 1930 die Stahlhelmführer Selbe und Dürstberg an Stelle einer an sich verurteilten Gefängnisstrafe von zwei Monaten zu je 800 Mark Geldstrafe, den Redakteur Kleinow an Stelle von drei Wochen Gefängnis zu 300 Mark Geldstrafe. Alle Exemplare der Zeitung der „Der Stahlhelm“, in der der Aufruf erschienen ist, werden eingezogen.

Neue Tumulte in Frankfurt

Frankfurt a. M., 12. Juni. (Kundendienst.) In der Frankfurter Altstadt wiederholten sich in der Nacht zum Freitag die von Kommunisten organisierten Tumulte. Um 23 Uhr räumte die Polizei mit dem Gummiknüppel das sogenannte „rote Eck“, an der Kreuzung der Bartenstraße und Schürstraße, wo kommunistische Propagandateure die Menschenansammlung aufstellten.

● Ich bin im Bad gut angezogen, ich kaufe bei Rud. Hugo Dietrich

Genossenschaftstagung in Magdeburg

Kampf der Lebensmittelteuerung

Auf dem 28. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Magdeburg berichtete Volkstraß über die Entwicklung des Zentralverbandes. Er führte u. a. aus, daß die Konsumgenossenschaften als Basis einer profitlosen Wirtschaft sich auch in verfallenen Ländern nicht nur behaupteten, sondern auch maßgebend mitbestimmen. Jedoch habe die Kraft der Konsumgenossenschaften für eine ausschlaggebende Mitbestimmung in der Wirtschaft noch nicht ausgereicht. Die Konsumgenossenschaften seien aber berufen, eine

Brücke zu einer neuen besseren und gerechteren Wirtschaftswelt

zu schlagen. Heute schon sei die Macht der Konsumgenossenschaften größer, als die Ökonomie ausgeben wollten. Der Umsatz, der im Zentralverband vereinigten Konsumgenossenschaften stelle eine Einheit dar, während der größte Teil des Umsatzes im privaten Einzelhandel in viele tausend Teile zerfalle. Keine Gruppe des deutschen Einzelhandels, auch nicht die großen Warenhausketten, könnten der Umsatzkraft und der Gedrängtheit der Konsumgenossenschaften und ihrer Einkaufszentrale einen gleichwertigen Wirtschaftsfaktor entgegenstellen. Die von den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes getragene Großeinkaufsgesellschaft stelle in ihrem

vorzüglich organisierten Güterverteilungsnetz und ihren leistungsstarken Güterherstellungsbetrieben eine wirtschaftliche Machtgruppe dar.

dar, wie sie der Einzelhandel trotz seines 20mal größeren Umsatzes nicht aufzuwiegen habe. Vor 30 Jahren sei die Deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung noch ein armes Pflänzchen gewesen, das im Schatten der kapitalistischen Titanen ein nur wenig beachtetes und bescheldenes Dasein geführt habe. Nur drei Jahrzehnte seien nötig gewesen, um dieses arme Pflänzchen zu einem wurzelfestesten Baum anzuwachsen zu lassen, der einen Vergleich mit den kapitalistischen Wirtschaftsgruppen nicht zu scheuen habe.

Anschließend berichtete Hugo Bäcklein-Hamburg über „Wirtschaftliche Angelegenheiten“. Der Redner streifte die großen wirtschaftlichen Kämpfe, die die Zentralgenossenschaft mit den Behörden und mit der Reichsregierung für das Interesse der Verbraucher zu führen hatte. Er wies nach, wie durch

die verkehrte Zollpolitik des Reiches

die Großararier unterstützt werden, während die verarmte Bevölkerung nach einer ungeheuren Verteuerung des notwendigen Lebensmittelbedarfs die Kosten dieser Politik zahlen muß. Eine vernünftige Brotpreisgestaltung kann nur durch Senkung der Getreidezölle erreicht werden.

In der Waspraße wurde eine gerechte Besteuerung der Konsumvereine gefordert.

Entschuldigungen für Lebensmittelverbilligung

Annahme fand eine Entschuldigungs, in der die Verringerung der Sonderumlage für die Großbetriebe des Einzelhandels, die Aufhebung der Körperschafts- und Kapitalertragssteuer für die Konsumgenossenschaftliche Rückvergütung, die Aufhebung der Filialsteuer und die Befreiung von der besonderen Gewerbesteuer bei Konsumgenossenschaftlichen Rückvergütungen verlangt wird. In einer ebenfalls einstimmig angenommenen Entschuldigungs wird eine Politik der Verbilligung der Lebensmittel und der wichtigsten Bedarfsgegenstände gefordert. So vor allem die sofortige Herabsetzung der Zölle für Getreide mit dem Ziel einer Brotpreisverbilligung, die sofortige Aufhebung des Brotgesetzes vom 17. Juli 1930, die Zulassung des vom Reichstag beschlossenen Fleischkontingents für Minderbemittelte und die Ablehnung der agrarischen Forderung nach Erhöhung des Butterzölles u. a.

Den Bericht des Ausschusses erstattete Markus-Düsseldorf, der mit den kommunistischen Genossenschaftsvertretern scharf ins Gericht ging. Abschlossen wurde diese Sitzung durch einen Vortrag über die internationale Genossenschaftsbewegung, den Volkstraß erstattete. Der Redner machte ausführliche Mitteilungen über die Tätigkeit des seitdem Ausschusses des Internationalen Genossenschaftsbundes und die von ihm und seinen Unterausschüssen bearbeiteten wirtschaftlichen Probleme und Genossenschaftsfragen.

Ueber die Bedeutung der Eigenproduktion referierte Fischer-Leipzig. Er führte aus: Wäre die Großeinkaufsgesellschaft (GGG) lediglich zur Eringung geschäftlicher Erfolge errichtet worden, so wäre es überflüssig, an dieser Stelle die Bedeutung der genossenschaftlichen Eigenproduktion zu erörtern. Die GGG hat höhere Aufgaben zu erfüllen. Die Genossenschaften wollen der Wirtschaft ihren richtigen Sinn wiedergeben, indem sie von den Bedürfnissen der Menschen aus und nicht von den Bedürfnissen des Kapitals her die Wirtschaft regeln. Die kartellmäßig gebundene Wirtschaft wird zu einer immer größeren Gefahr und ihr in der

Errichtung eigener Herstellungsbetriebe der Verbraucher entgegenzuwirken, ist eine Aufgabe von unabsehbarer Bedeutung. Daraus ergibt sich für alle Genossenschaftler die Schlußfolgerung, daß die Eigenproduktion mit allen Kräften und allen Mitteln zu fördern ist, da wir nur auf diesem Wege unseren Ziele näher kommen.

Am Anluß an das Referat Fischers wurde folgende Entschuldigungs angenommen: „Es ist das Ziel der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung,

dem Verbraucher entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft zu geben.

Sie erstrebt an Stelle der herrschenden planlosen kapitalistischen Privatwirtschaft die genossenschaftliche Bedarfsdeckungswirtschaft. Der erfolgreichste Schritt auf dem Wege zu diesem Ziel war die Aufnahme der Bedarfsgegenständeerzeugung durch die GGG. Durch den Ausbau der zentralen Genossenschaftsgütererzeugung wird die Leistungsfähigkeit der gesamten Bewegung gesteigert, ihre Unabhängigkeit von der Privatindustrie gesichert und der wirtschaftliche Einfluß der Verbraucherorganisationen gestärkt, so daß auch vorübergehende allgemeine Wirtschaftskrisen sie nicht zu erschüttern vermögen. Die genossenschaftliche Gütererzeugung bildet das stärkste Gegengewicht

gegen die Beherrschung des Marktes durch kartellierte Industrien

und die sicherste Bürgschaft eines gerechten, auf wirklichen Kosten aufbauten Preises der Güter für den Verbraucher. Die GGG hat die Erzeugung in den letzten Jahren in vorbildlicher Weise erweitert. Sie steht vor der Lösung neuer großer Aufgaben. Sie hierbei unter größter Betonung der genossenschaftlichen Ziele und Grundzüge durch

zeitlose Deckung des Bedarfs an den in den Eigenbetrieben hergestellten Gütern

zu unterstützen und den Umsatz dieser Eigenherzeugung mit allen Kräften zu fördern, ist Pflicht aller im Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften.“

Ueber die Rechtsprechung der Zivil- und Finanzgerichte gegen die Konsumvereine führte Dr. Petersen-Hamburg u. a. folgendes



Die sozialdemokratische Presse ist ein vorzügliches Instrument und zugleich eines der vornehmsten Mittel im Kampf um Freiheit und Menschlichkeit. Das ist nun einmal so und wird immer so bleiben. Scharf und blank bleibt deshalb auch die Waffe des Geistes. Die sozialdemokratische Presse schöpft ihre Kraft aus dem Volk, mit dessen Leben sie innig verbunden ist. Sie kann nur für das Volk leben und streiten. Die sozialdemokratische Presse spiegelt alle Ereignisse dieser Zeit wieder. Sie beeinflusst nachhaltig ihren Geist und berichtet von allem, was Menschen und Öffentlichkeit interessiert. Werben wir also für unsere Presse. Mit dem besten Gewissen können wir dies tun. Aber wir haben nicht nur das beste Recht zu dieser Werbung, wir sind dazu direkt verpflichtet und wo ein Werber erscheint, da wollen wir ihn unterstützen. Noch besser ist es allerdings, selbst zugleich Werber und Leser des Volksfreunds zu sein.

aus: Es ist für die Rechtsprechung der Zivil- und Finanzgerichte festzustellen, daß sich in der Anwendung des Gesetzes eine den Konsumvereinen ungünstige Tendenz bemerkbar macht, die das Wirken in Krisenzeiten besonders wichtigen Verbraucher-Organisationen empfindlich behindert. Im Interesse der Erfüllung der sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben der Konsumgenossenschaften muß erwartet werden, daß unter Würdigung des wirklichen Wertes der Konsumgenossenschaften eine

Umwandlung in der Rechtsprechung

eintritt. Der dem Vortrag folgende Beifall zeigte, welche Erregung die gegen die Konsumvereine gerichtete Rechtsprechung in der letzten Zeit in allen Kreisen der Konsumgenossenschaftlichen Verbraucherorganisationen ausgelöst hat. Das kam auch in der Aussprache sehr klar zum Ausdruck, in der Verbandssekretär Jungbans-Erfurt die gegenwärtige Art der Rechtsprechung und die thüringische Ausnahme-Gesetzgebung gegen die Konsumvereine stark angriff, und für die Konsumgenossenschaften Gerechtigkeit forderte.

Den Ausschlußbericht erstattete Markus-Düsseldorf. Er wies in

ernster Weise — hoffentlich befolgen das die Konsumvereine — auf die Notwendigkeit hin, mehr als früher in Wort und Schrift aufklärend über die Zusammenhänge in der Wirtschaft und Politik bei den Verbrauchergruppen zu wirken.

Man muß den Verbrauchern Wissen und Bedeutung der Genossenschaftsbewegung klarlegen. Notwendig sei auch mit den den Genossenschaften nachstehenden

Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten Fühlung

zu halten. Nur so könne das gegenseitige Vertrauen in allen wichtigen Tagesfragen herbeigeführt werden. Das Verhältnis zu den den Genossenschaften

nachstehenden Presse

sei nicht immer das denkbar Beste. Ein auf die gleichartigen Interessen und gegenseitiges Verständnis beruhendes, aber im übrigen inniges Verhältnis könne großes Unheil in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die gemeinsamen Gegner verhindern. In der Genossenschaftsbewegung müßten außerordentlich starke und gesunde Kräfte, denen mühten sich die Genossenschaftler bewußt sein: „Nutzen wir diese Kräfte aus, so wird der Sieg unser sein. Die Genossenschaften müssen und werden weiter bestehen zum Segen des ganzen Volkes.“

Die Vorstandswahl

ergab die Wiederwahl der turnusmäßig auslaufenden Vorstandsmitglieder. An Stelle des freiwillig auscheidenden ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedes Berger-Hamburg wurde Goerling-Damburg gewählt, nachdem zunächst einstimmig beschlossen war, für das ausgediente geschäftsführende Vorstandsmitglied Hoffmann-Damburg keine neue Wahl vorzunehmen.

Generkschaftliches

Gegen die Notverordnung

Der Vorstand des Einzelverbandes der Eisenbahner hat gegen die Notverordnung

eine Erklärung abgegeben, die im wesentlichen folgendes feststellt: Die in den Paragraphen 6, 7 und 8 des zweiten Teiles der Notverordnung vorgesehenen Lohnkürzungen sind ein direkter Eingriff in das Tarifvertragsrecht der Arbeiter in den öffentlichen Betrieben. Besonders empörend ist, daß dieser Eingriff sich auch auf die Reichsbahnarbeiter erstreckt, obwohl diese nach dem Wortlaut der Notverordnung selbst keine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist. Die der Reichsbahn gebogene Ermächtigung zur einseitigen Verringerung der Lohnbestimmungen des Tarifvertrages verletzt die in der Reichsverfassung gewährleisteten Rechte der Arbeitnehmer. Die Einkommensverhältnisse der Reichsbahnarbeiter lassen einen weiteren Abbau der Löhne ohne Gefährdung der Leistung nicht mehr zu. Neben einem direkten Lohnabbau von durchschnittlich mehr als 6 Prozent sind die Einkommen der Reichsbahnarbeiter durch Arbeitszeitverlängerung und Ländliche Dienstleistungen in niedrigeren Lohngruppen und Ländliche Dienstleistungen bereits so stark abgebaut, daß heute Lohnsumme von verarbeiteten Reichsbahnarbeitern gegen Löhne von 20 bis 25 Mark, zum Teil noch weniger, bestehen. Die bisherigen Lohnsummen der Reichsbahnarbeiter betragen bis zu 50 Prozent des früheren Einkommens. Wenn die Notverordnung die Reichsbahnarbeiter ermächtigt, diesen Lohn einseitig noch mehr senken zu können, auf der anderen Seite aber besondere Sicherungen dafür bietet, daß die Gehälter der leitenden Beamten, die weit über das Einkommen der verarbeiteten Reichsbahnarbeiter hinausgehen, beibehalten werden können, dann müßte es geradezu als Lohn an, wenn die Reichsregierung in ihrem Auftrag von „Härten, die alle Volksteile treffen“, spricht.

Von der Reichsbahnseite sind die Bestrebungen, die gesamte Reichsbahnarbeiter in einer gemeinsamen Organisation auf rechtsstaatlichem Boden zusammenzufassen, haben zu einem bedeutsamen Schritt geführt. Wie aus dem Allgemeinen Preussische Polizeibeamtensverband mittelst, wurde von seinem Vorstand und Ausschuss dieser Tage in einer gemeinsamen Sitzung folgender Bescheid

erlassen: „In der Erkenntnis, daß in der heutigen wirtschaftlich und politisch schwierigen Zeit nur eine einheitliche Interessensvertretung der Reichsbahnarbeiter im Interesse der Polizeibeamtenschaft leisten kann, schließen sich beide Verbände, der Allgemeine Preussische Polizeibeamtensverband und der Verband Preussischer Polizeibeamten mit dem Ziel auf stärkere Konzentrierung der Berufsvertretung der Mitglieder zur Bildung einer Reichsbahnarbeiter-Gewerkschaft zusammen.“

Die Schlichtungsverhandlungen über den Rahmenvertrag für die kaufmännischen Angestellten im Einzelhandel Kölns kamen zu einem vorläufigen Abschluß. Der Rahmenvertrag soll in seiner alten Fassung mit einigen Verbesserungen, dem Vorschlag, die bei den neuen Reichslagen entsprechen, wieder in Kraft treten. Ferner ist ein Ausarbeitungsabkommen vorgelegen, wonach eventuell eine Kürzung der Arbeitszeit bei entsprechender Gehaltsverringerung bis zu höchstens 10 Prozent möglich ist. — Viele vorläufige Vereinbarungen bedarf noch der Zustimmung der beiden Parteien. Sie kann bis zum 15. Juni widerrufen werden.

Gescheitert: Gosa Schöblich. Verantwortlich: Politik, Prestit hat Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Briefe Nachrichten: G. Gräbebaum, Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, Kreisbahliche Chronik, Aus Mittelhessen, Durlach, Gewerkschaften, Deutsches die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß-Karlstraße, Gemeindepolitik, Soziale Bewegung, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendheim und Wandern, Kautzinger Briefe, Politische, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Träger, Edmünde wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Volksfreunds G.m.b.H., Karlsruhe

Sunlicht Produkte jetzt so billig!

Lux
Seifenflocken
für alle
gute Wäsche

Normalpaket... 30 Pfg.
Doppelpaket... 50 Pfg.



Vim
zum sparsamen
Putzen und
Scheuern

Normaldose... 30 Pfg.
Doppeldose... 50 Pfg.



Sunlicht
Seife
für große Wäsche,
für Hand und Haus

Doppelstück... 30 Pfg.
Gr. Würfel... 25 Pfg.



SUNLICHT GESELLSCHAFT A.G. MANNHEIM-BERLIN DIE GUTEN SUNLICHT PRODUKTE

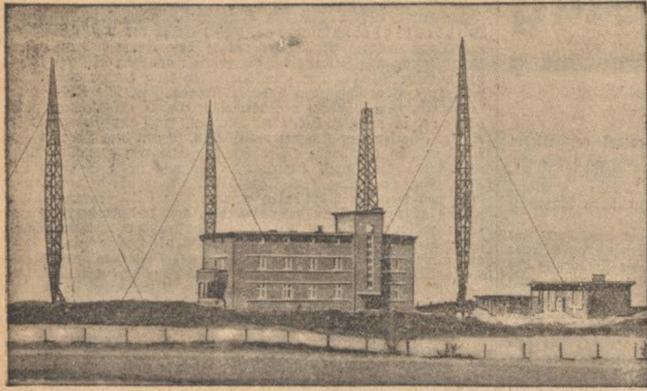


Auch wertvolle Gutscheine tragen alle Packungen der Sunlicht Erzeugnisse; die doppelgroßen Packungen von Lux Seifenflocken und Vim sogar zwei.

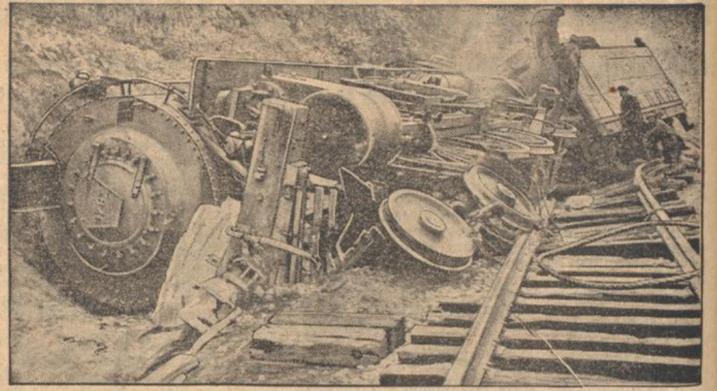
Sammeln Sie die Gutscheine! Sie erhalten dafür schöne Gaben. Verlangen Sie unseren reich illustrierten Werbegaben-Katalog!

Ein Beispiel: Diesen Einkaufsbeutel, echt Leder, erhalten Sie für 60 einfache Gutscheine.

BILDER VOM TAGE



Die neue Elbe-Wefer-Radiostation bei Cuxhaven dient zur Vermittlung von drahtlosen Telefongesprächen vom Festlande nach Schiffen, die sich auf hoher See befinden.



Ein gestürzter Gigant. Die umgestürzte Riesenlokomotive des Erzhäutes Pittsburg-Buffalo, die kurz nach der Ausfahrt bei Pittsburg entgleiste, wobei der Lokomotivführer ums Leben kam.



„Ins Herz getroffen“ wurde Frankreichs Präsident Gaston Doumergue, der sich kurz vor dem Ablauf seiner Amtszeit soeben verheiratet hat.



Eines der wertvollsten Kunstwerke beim Brande des Münchener Glaspalastes Moritz v. Schwind: „Ritter Kurts Brautnacht“ (aus der Karlsrüder Gemäldesammlung).



Pu Yi, der Kaiser von China, will jetzt Opernjäger werden. Die amerikanischen Bühnen werden sich einen solchen kaiserlichen Operntenor zweifellos nicht entgehen lassen.



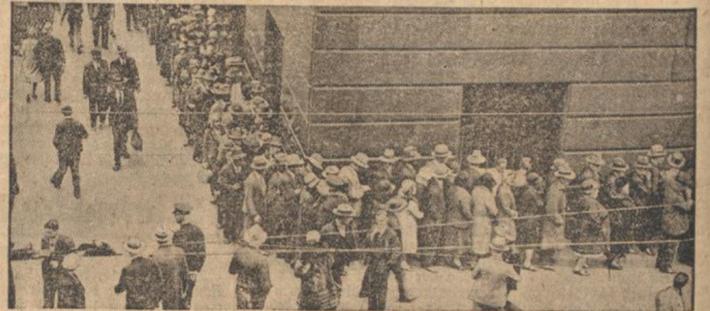
Frau Gaston Doumergue, bis vor kurzem Madame Jeanne Grave, mit der sich der als einselstichter Junggeselle bekannte französische Staatspräsident verheiratete. Präsident Doumergue war mit Frau Grave schon über 20 Jahre befreundet.



Albert Fall, der frühere amerikanische Innenminister, muß nun für ein Jahr ins Gefängnis wandern. Er war wegen passiver Bestechung zu dieser Strafe ausüßlich einer Buße von 100 000 Dollar verurteilt worden.



Die 500-Jahrfeier für Jeanne d'Arc in Rouen
Aus dem historischen Festzug: Die Jungfrau von Orleans, dargestellt von einer französischen Schauspielerin, 500 000 Zuschauer nahmen an der mehrstägigen prunkvollen Feier zur Erinnerung an Jeanne d'Arc teil, die vor 500 Jahren von den Engländern in Rouen verbrannt wurde.



Wirklos der kassierten Kassenläse von Neu-Südwaies, dem volkreichsten Staate Australiens, mußte die Staatsbank zehn Tage ihre Kassen schließen. Die Bank unter den fast 1 1/2 Millionen Konteninhaber war ungeneuer. Nach der Wiederöffnung durfte jeder nur 3 Pd. pro Woche abheben.



Wohin führt das Kriegsgeschrei der Nationalisten? Eine fürforaliche Mütter besorgt für sich und ihre Kinder passende Gasmasken gegen die Schrecken künftiger Kriege. Ein Zeichen der „Kultur“ unserer Zeit.

Überraschungs-Preise
bei
"Boländer"
DAS HAUS DER GUTEN WES-WAREN

Neu eingetroffen:
Steppdecken

Doppe seil. Satin gute Füllung volle Größe	8.75	K'Seiden-Damast mit Satin, gute Wollfüllung	12.50
K'Seiden-Damast mit Satin, gute Wollfüllung	16.50	K'Seiden-Damast mit Satin, viele Farben	22.50

Lassen Sie Ihre Matratzen bei uns umarbeiten! — Wir übernehmen auch das Reinigen Ihrer Bettfedern beim Kauf von neuen Kissen!

"Boländer"
DAS HAUS DER GUTEN WES-WAREN

**Total-Ausverkauf
in Schuhwaren**
wegen Geschäftsaufgabe

Wir räumen in kurzer Zeit unser Lager u. verkaufen zu jedem annehmbaren Preis

Kinder-Spangenschuhe	3.-
Damen (Lace, Chevro u. hellfarbig)	4.- 5.- 6.-
Herrn-Halbschuhe	6.50 8.-
Herrn-Stiefel	9.- 10.-

Ph. Keidel, Schuhgeschäft
Amalienstraße 33 4914

Arbeiter! Werbt für eure Zeitung!

**Große Damen-
Hüte**



0,90 1,75 3,50

**unglaublich,
billig!**

**GESCHWISTER
GUTMANN**

Zu diesen Preisen...
auf der Freitreppe

Damen-Hüte

modische Geflechte und Formen
in hellen und dunklen Farben

1⁵⁰ 2⁵⁰ 4⁵⁰
Serie I Serie II Serie III

THETZ
HERMANN KARLSRUHE

SCHAUBURG
Marienstraße 16 / Telephon 6284

**Ab heute
Harold Lloyd**
der König des Lachens
in seinem ersten Tonfilm

Spannender als der beste Kriminalroman
und lustiger als der beste stumme Harold-
Lloyd-Film.

Als schlechterer Held dringt „Er“ in die
Geheimnisse einer Chinesenstadt ein und
besiegt die komisch-aufwendigsten Abenteuer
in dem Groß-T. Film

**Harold, der kühne
Drachentöter**

Herrliche Szenen, tollste Situationen, wie sie der
Stummfilm nicht bringen konnte, wurden geschaffen
und Harold erlebt, Mut und Schüchternheit in der
Brust, die erlichsten Dinge in den Opumkellern
Chicagos. Wie „Er“ sich überall aus der Schlinge
zieht, ist unmöglich zu erzählen. Harold ist eben
100%iger Harold Lloyd

**12 Akte zwerchfellerschüt-
tender Komik**
Gutes Beiprogramm

5
7
9 Uhr
Am
Sonntag
ab
3 Uhr

Pa-Li **Palast-Lichtspiele**

Der erste große
Zirkus-Kriminal-Tonfilm
von Paula Busch und Fritz Falkenstein

**SCHATTEN
DER MANEGE**

mit
Liane Haid, Trude Berliner
Rolf van Goth, Hermann Picha
und viele andere

Ein reichhaltiges Beiprogramm sowie die
neueste UFA-Ton-Wochenschau

Beginn: 5.00, 7.00 und 9.00 Uhr

Felix Bressart



**Der Schrecken
der Garnison**

welcher täglich Hunderte Tränen lachen
läßt und nach wie vor auch in der zweiten
Woche seine große Anziehungskraft aus-
strahlt.

Kommen Sie bitte nachmittags, denn
die Nachmittags-Vorstellungen bieten
gute Sitzgelegenheit!

Beginn: 3.30, 5, 7, 9 Uhr
Sommerpreise 90, 120, 150, 180, 200 Pfg.
Jugend, haben Zutritt, ebenso Kleinrentner
und Erwerbslose und genießen Vorzugs-
preise zu 50, 70 und 100 Pfg.
Abonnementshefte mit je 6 Stück bei Zah-
lung von nur je 5 Karten sind laufend
an der Kasse erhältlich

Gloria-Palast
Randellplatz 24 Telefon 5170

**KAMMER
LICHTSPIELE**

Die neue Tonfilm-Bühne

Schon wieder ein großes Tonfilm-
Ereignis! 4918

Ab heute bis einschließlich Montag:

Die bekannte deutsche Bühnen-
schauspielerin

Käthe Dorsch
Die
Lindenwirtin

Ein Singspiel mit dem gefeierten
Operetten-tenor

Hans Heinz Bollmann
sowie den weiteren Filmgrößen
Fritz Schulz / Oscar Sims / Paul
Henckels / Eugen Rex / Ida Wüst
Leo Schützendorf / Oscar Sabo u. a. m.

Die entzückenden Schlager
„Zu jeder Liebe gehört ein Glaschen Wein“
„Du bist mein Morgen- und mein
Nachtgebeten“
„Die blonde Lindenwirtin vom Rhein“
„Mein Herz hat leise Dein Herz
gegrüßt“

Außerdem zeigen wir
Richard Zelnagel
in dem spannenden Sensationsfilm
Der Unbekannte

Schönes Beiprogramm
Anfang: 3.30, 6.00, 8.30 Uhr
letzter Hauptfilm 9.15 Uhr
Sommerpreise: 70, 90, 130, 160 Pfg.
Vorzugspreise gelten für Kleinrentner und
Erwerbslose zu 45, 60, 90 und 120 Pfg.

Insertate

für wirkungsvolle Reklame auf allen
Gebieten des Daseins gibt man im

VOLKSFREUND
Karlsruhe, Waldstr. 28, Fernruf 7020/21

Schlafzimmer

Es handelt sich hier
um ein schweres und
hochelegant. Schlaf-
zimmer in echt Birke
hochglanz poliert
welches eine Möbel-
schreinerei für Privat-
extra angefertigt hat,
die aber das Zimmer
wegen Geldmangel
nicht abnehmen konn-
ten. Wir sind nun
beauftragt, das Zim-
mer so schnell als mög-
lich zu verkaufen.
Das Zimmer hat einen
dreiteil. Garderobe-
schrank mit Innen-
spiegel, 2 m breit und
kostet **590,-**
während der rezu-
läre Wert eines solch
schweren Zimmers
bedeutend höher ist.
Wenn Sie Interesse
für ein solches Zim-
mer haben, dann
lassen Sie sich diese
Gelegenheit nicht
entgehen. Ihr geb.
Zimmer nehmen wir
in Zahlung. 4847

**Möbelhaus
Carl Baum & Co.**
Erbsengartenstraße 30
Kein Laden
Ständiges Lager über
100 Zimmer u. Küchen.
Teillzahlung

Beim Rüd. Waisen-
meister, Schlachthaus-
straße 17, befinden sich
folgende Handhunde:
1 Weibshund, m.,
2 Schäferhunde, m.,
1 Spitzer, w.,
1 Bolshund, m.,
1 Fox, m.,
1 Schpanner, m.
Rüdt innerhalb drei
Tagen vom Eigentümer
abgeholt. Hunde wer-
den getötet bzw. ver-
steigert.
Karlsruhe, 11. Juni 31.
Städt. Schlachthaus-
Schießhofamt.

Bitte ausschneiden!
Wollen Sie helfen
und wollen Ihre Möbel
bar bezahlen, oder
wollen Sie Barzahl?
Dann wenden Sie sich
an die

**Gemeinnützige
Kredithilfe**
in Durach, Auer-
straße 27, II. Stock,
und schließen Sie
einen Sparvertrag
ab von 100—5000 Mk.
auf 2—5 Jahre.
Bei schriftlicher An-
trage bitte Rückporto
beifügen. 1336

Lebensbedürfnisverein

Für die heißen Tage empfehlen wir:

Feinsten Himbeersaft	Flasche RM. -80 u. 1.40
Zitronensaft in klein. Fläschchen	für Wandertouren geeignet
Schöne große Zitronen	Stück RM. -.07
Amerikanische Äpfel	solange Vorrat Pfund RM. -.40
Bananen zum billigsten Tagespreis	
Vermouth Gazzola	hocheinste Qualität für Vermouthschokolade 1/2 Fl. RM. 1.30
Samos-Wein	für Samos-Brause 1/2 Fl. RM. 1.50
Pfälzer Weiß- und Rotwein	1 Liter ohne Glas . . . RM. -.70
Weißer Bordeaux Haut Sauternes	1926er
Obstwein	1 Liter ohne Glas RM. -.40
Obstschaumwein	1/2 Flasche RM. 1.80

Alle gangbaren Sorten Mineralwasser
Teinacher Sprudel, Herrenalber, Kaiser-
Friedrich-Wasser, Sachinger, Grenzacher
Sprudel, Oberselters, Enzer- und Peters-
taler Wasser zu Originalpreisen.

Unsere verehrlichen Mitglieder machen wir noch auf die
**billigen Sommer-Preise
für Brennmaterialien**
aufmerksam. Bestellungen werden in den Verteilungsstellen
entgegengenommen. — Abgabe nur an Mitglieder

BADE-

Mäntel
Mantelstoffe
Badetücher
Frottierwäsche

In allergrößter Auswahl
billigst

**LEIPHEIMER
& MENDE**

Spart Geld! Kauft im Total-Ausverkauf Qualitäts-Schuhwaren 20-50% mit RABATT Schuhhaus Badenia Wilhelm Hacker 4911 Kriegsstraße 72 beim Mendelssohnplatz

Lichtspielhäuser

Am Sonntag finden die letzten Aufführungen von 'Vorunterkunft' statt. Am Montag steht 'Die Blumenfrau von Sindensau' nach Frants erfolgreichem Theaterstück 'Sturm im Wasserglas' auf dem Programm.

Vorläufige Wettervorhersage der badischen Landeswetterwarte

In der Druckverteilung über Europa vollzieht sich gegenwärtig eine Umwälzung. Die seit längerer Zeit an der englischen Westküste ansetzende Zyklone ist über die Nordsee nach Osten vorgezogen und hat Anschluss an ein Nordatlantisches Tief gefunden.

Wasserstand des Rheins

Kajal 185, Gef. 3; Waldshut 373, Gef. 3; Schutterstein 252; Rehl 386, Gef. 2; Maxau 573, Gef. 8; Mannheim 508, Gef. 1 3/4 m.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

- Arbeiterwohlfahrt: Heute Freitag, 12. Juni, abends 8 Uhr, Vorstandssitzung im Büro, Karl-Friedrich-Strasse 22.
Sozialistische Studentengruppe: Heute abends 8 Uhr spricht bei der Sos. Studentengruppe, Gartenstraße 23, Zimmer 21, Gen. Kimmelman, Stadtoberschulrat, über 'Jugend und Politik'. Gäste, vor allem die Jugend, sind herzlich eingeladen.

Aus der Stadt Durlach

Aus der Stadtratsung vom 10. Juni
Die Schneearbeiten für die südlichen Bauten an der Reichs- und Eisenbahntrasse werden nach dem zuletzt einmündigen Anordnungen vergeben. Für die Aufstellung einer Dreifachmaschine wird einmündig ein Platz auf dem Gelände der ehemaligen Dampfseilerei bestimmt. Zwei Gehege um Nachschub von Bergbauarbeiten werden abhändigt übergeben. Mit Inanberziehung wird beschlossene, aus dem letzten Jahre die seit langem übliche jährliche Verfassungsfest am 11. August abschlüssen (Anwesenheit ist, das neben Nationalsozialisten und Kommunisten auch Vertreter des evangelischen Bistums gegen diese Feier verteidigt. Anwesend haben diejenigen, welche den evangelischen Bistumsdienst lediglich als ein veraltetes Anhängsel der Sittlichkeit betrachten, doch nicht ganz Unrecht. Der Berichterstatter.)

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungen. 10. Juni: Jakob Firtzner, 72 Jahre, Beerdigung am 12. Juni, 11 Uhr. Ida Fuchs, 65 Jahre, Beerdigung am 12. Juni, 14.30 Uhr. Friedrich Göber, 74 Jahre, Beerdigung am 12. Juni, 14.30 Uhr.

Sonnengebräunte Haut NIVEA-CREME oder über NIVEA-ÖL

Aus dem Gerichtssaal

Ein gerissener Schwindler

Im Karlsruhe, 10. Juni. Vor dem Großen Schöffengericht (Vorstand: Amtsgerichtsdirektor Strauß) stand heute der 24jährige ledige wegen Betrugs verurteilte Rechtsanwalt R. von hier, um sich wegen Betrugs in zehn Fällen zu verantworten. Ueber das Büro eines Betratsvermittlers lernte er im Sommer 1929 ein betragsreiches 31jähriges Servierfräulein aus dem Magdeburger kennen, mit der er sich, da sie einige tausend Mark Ersparnisse besaß, alsbald verlobte. Er machte ihr vor, er erhalte für den Verlust eines Kauges bei einem Autounfall sechshundert Mark Schadenersatz, wodurch sich seine Frau bestimmen ließ, ihm noch und nach rund 1000 Mark als Darlehen zu gewähren. Die Kosten der Verlobungsfeier, sowie eine gemeinsame Fahrt in ihre Heimat wurden ebenfalls von ihr bestritten. Einen Tag später in Eiltönen veranlaßte er, ebenfalls unter der Vorpiegelung, er bekomme für sein verlorenes Auge etwa 10000 Mark von einer Versicherungs-gesellschaft, zwei Grundschuldbriefe über 3000 Mark auf sein Haus auszustellen und ihm überdies noch 150 Mark zu leisten. Die Grundschuldbriefe veräußerte der Angeklagte bei einer Bank in Niederbühl, ohne dem Tagelöhner etwas von dem Erlöse, den er für sich behielt, zu geben. Die Augenoperation hatte sich der Angeklagte auf einem Neubau bei Gadingen zugezogen.

kommt in den Schreiben wiederholt vor. Einem Richter gegenüber hatte der Angeklagte die Drohung ausgesprochen, das Justizministerium in die Luft zu sprengen. Der Angeklagte gibt zu, daß er das Ministerium in den Schreiben beleidigt habe. Die Briefe seien aus einer bezweifelhaften Erregung heraus geschrieben worden, in die er verwickelt worden sei, nachdem ihm durch den Ausgang des Mietprozesses die Existenz vernichtet worden sei. Der ärztliche Sachverständige, Medizinalrat Dr. Crollant, der den Angeklagten auf seinen Geisteszustand untersucht hat, kommt zu dem Ergebnis, daß bezüglich der Drohung — die heute nicht zur Anklage steht — der § 51 anwendbar werden könne. Der Angeklagte sei vorläufig zweifellos sei die Form der Beleidigungen des Justizministeriums von politischen Gesichtspunkten diktiert. Trotz Hochopferung mühte der Angeklagte, was er tat. Es sei ihm jedoch eine verminderte Zurechnungs-fähigkeit auszubekommen. Das Gericht verurteilte R. wegen Betrugs zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat.

Betrug und Untreue

Vor dem Schöffengericht hatten sich der 39 Jahre alte Dinslakeningenieur Dr. Peter Leis aus Berlin und der 54 Jahre alte Prof. Dr. Leo Uebelohde aus Hannover wegen Betrugs und Untreue in zwei Fällen zu verantworten. Die Angeklagten werden beschuldigt, Bankdirektor Guggenheimer durch falsche Darstellung der Lage der Schnellwagenfabrik Union A.G., Gröningen, deren Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Uebelohde war, und durch Verschweigen der Nebeneinnahme des Waagenlagers an ein Bankhaus in Karlsruhe, zur Einräumung eines Kredits von 75000 Mark und Übernahme von 250000 Mark Aktien veranlaßt zu haben, so daß Direktor Guggenheimer nach dem Zusammenbruch rund 350000 Mark verlor. Des weiteren wird ihnen zur Last gelegt, zum Nachteil eine Frau Dr. Friedmann in Berlin, welche als Handlungsagentin für die Firma tätig sein sollte, über die für das Waagenlager hinterlegte Kaution von 150000 Mark in Briefen im Interesse der Union-A.G. verfügt und sie als Sicherheit zur Erlangung eines weiteren Kredits an das Bankhaus übergeben zu haben. Von den Angeklagten wird bestritten, sich im Sinne dieser Annahme schuldig gemacht zu haben. Im Verlaufe der Beweisführung wurde Bankdirektor Guggenheimer gehört, der sich durch die Angeklagten betrogen fühlt, weil man ihn über die wirkliche Lage der Union und auch über die Waagenübergabe an das Bankhaus im Unklaren gelassen habe. Als weitere Zeugen wurden Rechtsanwalt Peter sowie Bankier Friedrich Strauß gehört. Der letztere hatte gegen eine Beteiligung Guggenheimer, der sich bei der Bank Auskunftei einholte, keine Bedenken. — Die Verhandlung, die sich wider Erwarten in die Länge gezogen hatte, wurde darauf spät abends auf Freitag vorzeitig abgesetzt.

RUNDFUNK

- Sonntag, 14. Juni: 7 Uhr: Bremer Hofkonzert. 8.35 Uhr: Morgengymnastik. 10.15 Uhr: Ob. Morgenkonzert. 11.30 Uhr: Bob. Schallplatten. 12.35 Uhr: Spanische Klaviermusik. 13 Uhr: Kleines Konzert der Zeit. 13.15 Uhr: Götterred. Schallplattenkonzert. 14 Uhr: Frühjahrsfest. 15 Uhr: Stunde der Jugend. 16 Uhr: Unterhaltungskonzert. 17 Uhr: Endspiel um die deutsche Fußballmeisterschaft. 18.45 Uhr: Die Mäusen der Zukunft. 19.30 Uhr: Runter Abend. 20.45 Uhr: Blasmusik. 22 Uhr: Jazz auf zwei Klügeln. 22.30 Uhr: Handballmeisterschaft der Turner. 22.45 Uhr: Sportbericht. 23 Uhr: Langmusik.
Montag, 15. Juni: 5.55 Uhr: Morgengymnastik. 10 Uhr, 12.20 Uhr und 13 Uhr: Schallplatten. 16 Uhr: Wägenstunde. 16.30 Uhr: Konzert. 18.15 Uhr: Neue Einträge vom Deutschland in den Vereinigten Staaten von Amerika. 18.45 Uhr: Vom Fliegen. 19.45 Uhr: Unterhaltungskonzert. 21.20 Uhr: Die Oberlinstraße. 22 Uhr: Zeitbericht. 23 Uhr: Langmusik.
Dienstag, 16. Juni: 5.55 Uhr: Morgengymnastik. 10 Uhr, 12.20 Uhr und 13.30 Uhr: Schallplatten. 16 Uhr: Frauenstunde. 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert. 18.15 Uhr: Vortrag: Bild. Waldläufer und seine Schwab. Jugendfreunde. 18.45 Uhr: Vortrag: Die Genfer Konvention und die Völkerrechtfrage. 19.15 Uhr: Aus der Praxis der Kriminalpolitik. 20 Uhr: Populäre Musik lebender deutscher Komponisten. 20.45 Uhr: Frech wird der Junge auch noch. 22.15 Uhr: Deutsches Volkstheater. Mittwoch, 17. Juni: 5.55 Uhr: Morgengymnastik. 10 Uhr, 13 Uhr und 13.30 Uhr: Schallplatten. 16.30 Uhr: Kinderstunde. 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert. 18.15 Uhr: Das maurische Spanien II. 18.45 Uhr: Die Suche nach dem Eldorado. 19.15 Uhr: Berufsständischer Vortrag. 19.45 Uhr: Letztere Wanderer. 20.20 Uhr: Symphoniekonzert. 21.45 Uhr: Kunstspiel.
Donnerstag, 18. Juni: 5.55 Uhr: Morgengymnastik. 10 Uhr, 12.05 Uhr und 13.30 Uhr: Schallplatten. 14.50 Uhr: Deutsch für Ausländer. 15.30 Uhr: Stunde der Jugend. 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert. 18.15 Uhr: Fr. über als Räuber gegen die Bergwerke. 19.15 Uhr: Vortrag: Sophokles und unsere Zeit. 19.45 Uhr: Amerikanische Musik. 20.15 Uhr: Reichsregierung des kathol. Männer- und Jugendvereinsverbandes. 21 Uhr: Thomas Mann. 22.20 Uhr: Stunde der Kammermusik. 23.15 Uhr: Langmusik.
Freitag, 19. Juni: 5.55 Uhr: Morgengymnastik. 10 Uhr, 12.20 Uhr und 13.30 Uhr: Schallplatten. 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert. 18.15 Uhr: Besuch im Kruppheim. 18.45 Uhr: Werkstattvortrag. 19.15 Uhr: Schweizer Abend. 22.15 Uhr: Sportvorbericht. 24 Uhr: Langmusik.
Samstag, 20. Juni: 5.55 Uhr: Morgengymnastik. 10 Uhr, 12.20 Uhr und 13.30 Uhr: Schallplattenkonzert. 15.20 Uhr: Stunde der Jugend. 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert. 17.30 Uhr: Chorabend. 18.15 Uhr: Kunstgärtliche Mittel zur Brandbändigung. 18.45 Uhr: Eisenbahnen in der neuzeitlichen Wirtschaft und Verkehrspolitik. 19.45 Uhr: Antheiten. 20 Uhr: Cool fan tulle. 22.50 Uhr: Langmusik.

Das unfehlbare Spielsystem

Im Karlsruhe, 10. Juni. Das Karlsruher Schöffengericht verurteilte heute gegen den 65 Jahre alten Hochspannspieler A. D. August B. von hier, der wegen fortgesetzten Betrugs unter Anklage steht. Der Angeklagte hatte in der Doppelt-Casino-Bettung eine Anzeige aufgegeben, in welcher er sein Spielsystem anbot. Gegen Einwendung von drei Mark verlor er hinfällig die Hälfte, auf welchem Wege man durch sein weltberühmtes System täglich beim Roulette gewinnen könnte. Er bot gleichzeitig eine Versicherung an. Der Spieler gewinnt, die Bank verliert. Ein Angeklagter in Wien las die Anzeige und sandte drei Mark an den Angeklagten. Dem antwortete er, er werde sein wertvolles System für die drei Mark nicht preisgeben; aber er sei bereit, für ihn in San Remo, Spaa und an anderen Plätzen zu spielen. Das Spielkapital betrage 2000 Mark. Er verlor eine Vermittlung von 1200 Prozent. Der Angeklagte entließ sich daraufhin, an den Angeklagten 1000 Mark zu senden, in der Hoffnung größere Spielgewinne erzielen zu können. Es wurde vereinbart, daß der Angeklagte die Restspiele zu tragen hätte und ein Drittel des Spielgewinnes dem Angeklagten gehören sollte. So fuhr er in Begleitung seines Weibes nach San Remo und Spaa ab. In San Remo war ihm das Glück aber nicht so günstig, wie er hoffte, er verlor 50 Mark. Dann begab er sich nach Spaa, um dort weiter zu spielen. Kurz nachdem er dort 400 Lire gewonnen hatte, mußte er die Feststellung machen, daß ihm seine Briefkassette abhanden gekommen war.

Vor Gericht bringt der Angeklagte vor, er glaube fest an den Erfolg seines Spielsystems, das von ersten Kapazitäten anerkannt sei. Er ist auch bereit, die Wahrheitsbeweise anzustellen. Der Vorliegende versichert darauf mit den Worten: 'Am Gottes Willen, ich spiele nicht Roulette!' Er gibt ihm den Rat, das in Zukunft bleiben zu lassen, wenn er nicht mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt kommen wolle. Der Angeklagte behauptet, sein System sei so glänzend, daß sogar ein Kriminalrat in Wiesbaden Lust bekommen habe, nach seinem System zu spielen. Der Vorliegende hält ihm vor, daß eine Dame, die nach seinem System in Wiesbaden spielte, ebenfalls verlor. Der Angeklagte entschuldigt sich damit, die Dame sei hinfällig gewesen und habe sich nicht an sein System gehalten und immer mehr gewinnen wollen. Er ist von seinem Glauben nicht abzubringen, daß er nach seinem System mit unfehlbarer Sicherheit gewinnt. — Das Gericht sprach den Angeklagten aus subjektiven Gründen frei.

Beledigung des Justizministeriums

Im Karlsruhe, 10. Juni. Vor der Strafbekanntmachung des Amtsgerichts stand heute der 49 Jahre alte Kaufmann Richard H. in 9 von hier wegen Beledigung des badischen Justizministeriums. Der Angeklagte, welcher der NSDAP nahesteht, war im letzten Jahre in einen Mietprozess verwickelt, der nicht den von ihm gewünschten Ausgang nahm. Darüber geriet er in große Erregung, aus der heraus er mehrere Briefe an das Justizministerium sandte, die von klobigen Beledigungen strotzten. Es heißt darin u. a.: er könne nur feststellen, daß die Gerichte, die in einem Prozeß zu entscheiden hatten nur dazu da seien, das deutsche Volk noch dümmer zu machen. Das Justizministerium, eine republikanische Behörde, habe ihn betrogen. Bei der jetzt kommenden Revolution möchte er nur das Justizministerium haben. Durch das Justizministerium wäre er um seine Existenz betrogen worden. In einem Schreiben kündigte er an, er werde in Zeitungen bekannt machen, er sei durch den Betrug des Justizministeriums gezwungen worden, sein Geschäft aufzugeben, um das Volk erlähmen zu lassen, wie hoch das Justizministerium zu bewerten sei. Der Vorwurf des Betrugs



In der 4. Etage

Distra-Schau

nach lustigen Bildern von **Paul Simmel**

„Vistra“ die deutsche Edelspinnfaser der J. G. Farbenindustrie A.G.
Wir zeigen neben den lustigen Simmelbildern die mannigfaltigsten Erzeugnisse aus Vistra.

Kunstseiden-Angebote!

Kunstseidene Stoffe

Mod. Kleiderdrucks Kunstseide	58.7	Kleider-Schotten Wolle mit Kunstseide, moderne Karostellungen	2.50
Beiderwand einfarbig u. gestreift, Mtr. 88, ca. 90 cm br., in allen Wäschefarben, Mtr.	68.7	Flamingo Wolle mit Kunstseide, schöne Pastellfarben, f. das leichte Sportkleid, Mtr.	2.70
Kunstseiden-Leinen in den hellen Modelfarben	1.45	Marocaine ca. 100 cm br., unsere bewährte Hausmarke	2.90
Waschkunstseide ca. 90 cm br., in allen Wäschefarben, Mtr.	1.65	Vistra-Rips nur in Pastellfarben und weiß, in. Qualität	3.50
Sporthemdenstoff f. Herrenh., in. Qual. 80 cm br., Mtr. 2.78	1.75	Faillé façonné ca. 90 cm br., in aparter Musterzeichn.	3.90
Sua Vistra, Sportstreifen und Karos	1.95	Crêpe Amazone ca. 100 cm breit, in vielen mod. Farben	5.90
Vistra-Veloutine in vielen Farben	1.95	Peau-dange (Engelshaut) ca. 100 cm br., aparte Neuheit f. Kleider	7.90
Voile u. Georgette aparte Sommermuster, ca. 100 cm breit, Mtr. 4.50	2.90		

Kunstseidene Wäsche

Haus- und Gartenkleid Kunstseide, moderne Form	3.50	Damen-Handschuhe künstliche Seide, modische Schlupfform, schwarz, weiß u. farbig, mit Applikation.	1.25
Kunstseid. Wickelkittel mit buntem Schalkragen, langem Arm, elegant verarbeitet	5.90	Damen-Handschuhe Bemberg, künstliche Seide, besonders gut sitzende Schlupfform, neue Formen	2.90

Kunstseiden-Römerstreifen

Kunstseide bedruckt, hohes Muster, Sortiment	1.15	Kunstseide bedruckt, hohes Muster, Sortiment, ca. 125 cm breit, Meter	2.50
Steppdecken 1 Seite Kunstseide, 1 Seite Satin, 100x210 cm Schnittgröße	17.75	Steppdecken 1 Seite Kunstseide, 1 Seite Satin, Dauneneinstepmuster, verschiedene Farben, gute Füllung	34.-
Steppdecken 1 Seite Kunstseide, 1 Seite Satin, 100x210 cm Schnittgröße	17.75	Kunstseiden-Bettdecke 2-bettig, engl. Tüll, moderne Zeichnung	15.75

Strümpfe

Damen-Strümpfe künstl. Seide, feinstädig, Gewebe requiriert gearbeitet	95.7	Damen-Strümpfe künstl. Seide, unsere bewährte Qualität, 1.45	
Damen-Strümpfe künstl. Seide, doch maschenfeiner	1.95	Damen-Strümpfe künstl. Seide, sehr elastisch und ein vornehmer Angestrümpf	2.45
Damen-Strümpfe künstl. Seide, sehr feinstädig, u. extra guter Sohle, ein vornehmer Angestrümpf	2.45	Herren-Socken künstl. Seide, verschiedene Farben u. schwarz, Paar	95.7
Herren-Socken künstl. Seide, in. eleg. Nadelstreifen, sehr gut aussehend	1.45		

Modewaren

Fichukragen Kunstseid.-Rips mit Häfchen u. Zäckchen garniert	75.7	Kleiderkragen Kunstseiden-Crêpe de Chine, reich gestickt, Madelratteckerel	1.25
Plastronkragen Kunstseiden-gezeichnet, mit reichem Madelratteckerel	1.45	Plastronkragen Kunstseiden-Crêpe de Chine, reich gestickt	1.75
Damen-Pullover künstl. Seide, ohne Arm	2.45	Damen-Bluse künstl. Seide mit Arm, ohne Arm	2.90

Garten- und Balkondecke

Kunstseide, farbig karliert	3.85	Damastischdecken Kunstseide, Indanthren	4.65
Kaffe-Gedeck Kunstseide, weiß mit farb. Kante, ca. 130/180 cm, mit 6 Servietten	5.90	Damastdecke Indanthren bedruckt, Kunstseide	6.90
Felina-Hüttgürtel Kunstseiden-Atlas gefüttert, vorzügliche Passform, Seitenschluß	2.95		

Hermann Tietz Karlsruhe

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerb. Arbeiter (V.a.G.)
Sitz in Karlsruhe

Samstag, den 13. Juni, abends 8 Uhr, findet im „Volkshaus“, unsere jagungsmäßige, jährliche **Mitglieder-Verammlung** statt.

Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Bericht der Revisoren. 3. Wahl der Revisoren. 4. Verschiedenes.

Um zahlr. Erscheinen wird gebeten: Die Erbsverwaltung, J. H. G. Matthes

Freier Athletik- u. Sportverein Daxlanden e. V.
Sportplatz Pfalzstr., zwisch. Grünwinkel u. Daxlanden

Einladung
zu dem am **Samstag, 13., und Sonntag, 14. Juni**, stattfindenden **10jähr. Stiftungsfest**

Neben schwer- und leichtathletischen Wettkämpfen kommen Fuß- und Handballspiele zur Austragung. Zu dieser Veranstaltung ist die gesamte Einwohnerschaft freundlichst eingeladen.

Feinste Speisen und Getränke — Niedere Bierpreise
Großes Zelt am Platze

Die Verwaltung

Forbach i. Murgt. / Tel. 14

Gasthof u. Pension zum Stern
Größter Saal am Platze mit Nebenzimmer / Vorzügliche Küche / Reine Weine / H. Franz-Bier Billige Preise / Inh.: OTTO MAIER, Köchenschel

Speisekartoffeln
gelbfleischig, gesund, großfallend

Futterkartoffeln
gesund, großfallend, empfindlich

Adolf Wittschele, Tel. 4329
Karlsruhe-Mitteheim.

Badisches Landesballett
Freitag, den 12. Juni, 8 Uhr (Freitagmiete)
Tel. Nr. 991-1000

Don Juan
Ballett von Molière
Dirigent: Krebs
Regie: Färlmann
Mitwirkende: Bachner, Färlmann, Hofbach, Widjatta, Brüder

Gianni Schicchi
Dirigent: Schwarz
Regie: Brudja
Mitwirkende: Blant, Haberhorn, Selberlich, Winter, Kurz, Galle, F. Gröninger, Hofbach, Kalbach, Kiefer, Böjer, Schöppin, Schuster, Meher, Lindemann

Anfang 20 Uhr
Ende 22 Uhr
Breite C (1.00-7.00 Mk.)

Dein Rock?
Da trägst ihn ja nicht mehr und würde er einem anderen willkommen sein, wüßte er, daß er dir fell ist. Sage es ihm durch eine kleine Anzeige im **Volksfreund**

Volksbühne Blau abholen!

Stadtgarten
Samstag, d. 13. Juni, von 16-18 1/2 Uhr

Nachmittags-Konzert
ausgeführt vom Philharmonisch. Orchester unter Leitung von Musikdirektor Emil Fregang

Manj.-Zimmer
schön, zu vermieten

Der Einheitspreis
Kaiserstraße 124 b

Bademützen	-.25
Badehaube Helmform	-.50
Badehaube schwere Qualität 1.-	
Badegürtel	-.50
Schwimmleier	-.50
Badeschuhe jede Größe	1.-
Touranteppich	1.-

Kinderspielwaren

Sandeimer	-.50
Sandeimer neueste Formen und Gießkanne	1.-
Sandgeräte 4teilig	-.50
Sandsteckspiele	-.50

Sommerkleiderstoffe
Kunstseide, Indanthren

ZUM SALMEN
am Ludwigsplatz

1/2 l fl. Sinner Bier 30
Samstag ab 6 Uhr: Schweinsknoche mit neuem Sauerkraut

An alle Damen!

Wenig Geld brauchen Sie um sich flott und gut zu kleiden

Barten- und Sportkleider	2.00 an
Rocke, Waschtücherkleider	4.00 an
Wollmull- und Seidenkleider	10.50 an
Flotte Regenmäntel	6.75 an

1 Posten Pullover 1.75
Schwarze und blaue, weite Frauenmäntel, elegante Kleider, besonders billig!

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstraße 36, 1 Treppe
Katenkaufabkommen. Keine Ladenspesen

Bekanntmachung.
In jedem annehmbaren Preis wird folgende Abrechnung abgegeben.

Schlichter wie auf eine: Verleugnung lauter Eie: Manches, extra starke Qualität, für Angänge und Hosen, blauer Dress, einfarbig, für Arbeitsanzüge und Schürzen, Bettlatten 130 und 80 cm breit in Qualität und schöne Muster: Badelinen und Seensüde 150 cm breit, prima Qualität: Keffel, frakt. Qual., 150 und 180 cm breit: Creton für Bett- und Selbstwäsche, Mocco für elegante Wäsche; Bettposten: Arbeitsböden in verschiedenen Qualitäten und Größen; Bettposten moderne Herrenböden, Bettposten hochgehobene Damenstrümpfe, Bettposten kunstgebundene Zehbeden 130/160; Protierhandbücher per Stück 0.45 Mk.; Badische, gute Qualität, moderne Muster, per Meter 0.45 Mk.

Benützen Sie die Adressen hier gebotenem außerordentlichen Vorteile. Der Verkauf findet nur einige Tage, solange der Vorrat reicht, Kaiserstraße 82, 2 Treppen hoch, statt. Sehr günstige Gelegenheit auch für Wiederverkäufer!

Total-Ausverkauf
Schuh-Landauer

Fortsetzung jetzt

Kaiserstraße 103, 1 Treppe hoch, meist für die Hälfte

der früheren Ladenpreise noch gut sortiert

braun und schwarz
Damen- u. Herrenschuhe, hellf. D.-Spann.

nur beste Fabrikate

Abendschuh: Brokat, Crêpe de chine, auch Pinet, Paris

Posten schwarze Damen-Spangenschuhe
Schuhschuhe und Stiefel, 39/37
Paar **1 Mk. 3.50**

Regulator
schöner für 15.00 zu verkaufen. 5813
Kaiserstraße 13, V. r.

Viktoria-Motorrad
zu verkaufen 8814
Hardtstraße 45 b
Bei Jof. Wolz.

Kraftwagenführer
sämtl. Systeme, guter Wagenpfeiler, gelernt. Fahrer, sucht Arbeit, auch Stundenarbeit. Zu erir. u. G 766 i. Volkstr.

Herren- u. Damenrad
zu verkaufen, 30 u. 40.4. zu best. Schlichter. 69, Werner

Gebr. Kleinfranz
für 1.80x2.00 groß zu kaufen gesucht.
6781 Hardtstr. 120.

Volkschauspiel Oetigheim
bei Rastatt

Andreas Hofer
von A. J. Lipp / Auführungen alle Sonntage **Vom 14. Juni bis Ende September**
Gedeckt, Zuschauerraum / 800 Sitzplätze
Anfang 16 Uhr Ende 18 Uhr
Preise der Plätze: 1.50-6.50 Mk. nebst besonderen Logen

Vorverkauf: Theaterkasse Oetigheim
Telefon 2061 Rastatt
Vorverkauf Karlsruhe: Herdersche Verlagsbuchhandlung, Herrenstr. 34, Fritz Müller, Musikalienhandlung, Ecke Kaiser- u. Waldstraße, Auskunftsstelle des Verkehrsvereins Karlsruhe, Kaiserstraße 159, Zeitungskiosk beim Hotel Germania.

St. Jakobs-Balsam
„Echter“ zu Mk. 2.-

von Apoth. C. Trautmann, Basel
Mittel ersten Ranges für alle wunden Stellen, Krampfadern, offene Beine, Brand Hautleiden, Flechten, Wolf, Frostbeulen, Sonnenbrand. **Nachnahmen auskweisen.** In den Apotheken zu haben.

Gaggenauer Anzeigen

Streifenammlung.

Die freiwill. Sanitätskolonne Gaggenau hat unter folgenden Bedingungen für Sonntag, den 14. Juni 1931, innerhalb den Gemeindef. Gaggenau, Stotensfelds und Ottenau eine Streifenammlung zugunsten des roten Kreuzes genehmigt erhalten:

- die mit der Sammlung beauftragten Personen müssen mit einem von der Kolonne ausgefertigten und gestempelten Ausweis versehen sein;
- die mit der Sammlung beauftragten Personen dürfen Beiträge nur entgegennehmen, wenn diese Beiträge gleichzeitig in eine Kasse eingetragen werden;
- es dürfen nur solche Stiften zur Sammlung Verwendung finden, welche den Stempel der Kolonne tragen.

Es bitte die Sammlung unterstützen zu wollen.

Gaggenau, den 10. Juni 1931.
Der Bürgermeister:
Schneber.

Wasserfest beim Waldesbad
in Gaggenau.

Am Sonntag, den 14. d. Mts., findet die offizielle Eröffnung des Waldesbades mit Wasserfest statt.

Das Bad ist für Wochenende schon von morgens 8 Uhr an geöffnet und bekommt Vorförderung für Lagerung in Luft, Sonne und Schatten getroffen.

Gaggenau, den 10. Juni 1931.
Der Bürgermeister:
Schneber.